

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideütz.
Redaktionsschluß Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Unser Verband im Jahre 1910. Rundschau. Politische Monatschau. Die Verkürzung der Arbeitszeit, II. Das Heimarbeitgesetz. Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909. — **Allgemeines:** Aus unserem Bulletin. Auskunft und Engagement. Brief aus Gera. — **Der Lithograph:** Merkantil-Lithographie. Deutsche im Auslande. — **Der Steindruck:** Zur Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Kupferdr.). — **Die Tapetenbranche:** Lehrlingszucht und Lohndruck. — **Feuilleton:** Aerztliche Berichte über die internationale Hygiene-Ausstellung, I. Vom Bächertisch. — **Anzeigen.**

Unser Verband im Jahre 1910.

Unser Gewerbe dient in erster Linie der Herstellung von Reklame- und Luxusartikeln. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß es unter den Folgen einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression mit am schwersten und nachhaltigsten zu leiden hat. Wenn infolge einer Krise das gesamte Erwerbsleben schwer darniederliegt, sinkt natürlich vor allen Dingen der Bedarf an den in unserem Gewerbe hergestellten Waren. Man beschränkt sich auf den Ankauf des Notwendigsten und stellt den Konsum von Luxus- und Reklameartikeln zum großen Teile ein. Auch wenn die Konjunktur im allgemeinen wieder zu steigen beginnt, ist von einer Besserung der Verhältnisse in den mit der Produktion von Luxus- und Reklamewaren beschäftigten Gewerben in der Regel noch lange nichts zu spüren. Das können wir wieder recht deutlich am Verlauf der letzten Krise beobachten. Während sich die allgemeine Lage bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 zu heben begann, lastet die Depression auf unserem Gewerbe heute noch.

Zu einer gewaltigen Verstärkung der Wirkungen der Krise auf letzteres trug aber auch die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik bei. Die Erhöhung der deutschen Zollschränken gegenüber den Produkten des Auslandes veranlaßte eine ganze Reihe anderer Länder zu der gleichen Maßnahme gegenüber den deutschen Produkten. Das führte zu einer starken Beschränkung des Auslandsmarktes, die gerade unser Gewerbe, daß auf den Weltmarkt angewiesen ist, außerordentlich schwer zu fühlen bekam. Es sei nur an die fast völlige Unterbindung des amerikanischen Marktes durch die Zollerhöhungen in Amerika erinnert, die gerade die Produkte unseres Gewerbes stark belasteten. Neben dieser Beschränkung des Auslandsmarktes trug dann auch die des Inlandsmarktes, die die Reichsfinanzreform für unser Gewerbe zur Folge hatte, zu einer Verstärkung und Verlängerung der Wirkungen der Krise auf letzteres sehr viel bei. Besonders veranlaßte die Tabaksteuer eine fühlbare Verringerung des Bedarfs an lithographierten Tabakpackungen, sodaß auch auf diesem Gebiete die Produktion wesentlich eingeschränkt werden mußte.

Natürlich bekam die Arbeiterschaft unseres Gewerbes die Folgen dieser Verhältnisse am schwersten zu spüren. Jede Beschränkung des Absatzmarktes und die daraus folgende Einschränkung der Produktion führt zu Arbeiter-

entlassungen und damit zu einer Vergrößerung der gewerblichen Reservearmee. Wie groß diese in unserem Gewerbe ist, lehrt ein Blick in die Arbeitslosenstatistik. Darnach übersteigt der Prozentsatz der arbeitslosen Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgenossen den im Reichsdurchschnitt ermittelten Satz schon seit Jahren ganz bedeutend. Während nach den letzten vorliegenden Zahlen von 56 Zentralverbänden Ende April 1911 im allgemeinen auf 100 Mitglieder nur 1,8 Arbeitslose kamen, betrug die Zahl der auf 100 Mitglieder unseres Verbandes kommenden Arbeitslosen 4, also mehr als das Doppelte Ungünstiger wie bei uns war die Arbeitslosigkeit Ende April 1911 nur noch in drei Verbänden, und zwar bei denen der Friseurgehilfen (14), Bäcker (5,7) und Xylographen (4,8); in allen andern, 52 Fachverbänden, auf die sich die Statistik erstreckt, war die Arbeitslosigkeit bei weitem nicht so schlimm wie bei uns.

Daß diese Verhältnisse im ganzen Gewerbe nicht ohne Rückwirkung auf unsere Organisation bleiben konnten, liegt auf der Hand. Solange an die Ausgesteuerten die Extraarbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, blieben sie mit der Organisation in Fühlung. Nach der Aufgabe dieser Ausgesteuertenunterstützung ging aber das letzte Bindeglied der ausgesteuerten Mitglieder mit der Organisation und schließlich mit dem Gewerbe verloren. Die wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit und die Aussichtslosigkeit, im erlernten Berufe in absehbarer Zeit wieder Beschäftigung zu finden, zwang viele Kollegen zur Aufgabe des Berufs oder zur Auswanderung.

Durch eine Umfrage unseres Hauptvorstandes bei den Ortsverwaltungen wurde festgestellt, daß allein im Jahre 1910 243 Mitglieder auschieden, weil sie in andere Berufe übergingen, wobei nur die Kollegen gerechnet sind, die den Verwaltungen von dem Berufswechsel Mitteilung machten; tatsächlich wird die Zahl der durch langandauernde Arbeitslosigkeit aus unserem Gewerbe und damit aus dem Verband herausgedrängten Kollegen noch weit größer sein, da viele, die nach vielen Arbeitslosenwochen einen anderen Beruf ergriffen, davon eine besondere Nachricht nicht gaben. Der größte Teil der Kollegen, die ihren Berufswechsel offiziell den Verbandsfunktionären anzeigten, ging zwar unserem Verbandsverbande, aber nicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung verloren, da meist der Uebertritt zu dem Verbandsverbande des neugewählten Berufs vollzogen wurde. Unter den 243 Kollegen, die sich 1910 offiziell wegen Aufgabe unseres Berufs abmeldeten, befanden sich 145 Lithographen, die unter der ungünstigen Lage des Gewerbes am schwersten zu leiden haben, und 67 Steindrucker.

Ferner wurde durch die Umfrage festgestellt, daß 1910 178 Mitglieder ausgewandert sind, und zwar zum größten Teil nach Amerika. Sie gingen ebenfalls zwar unserm Verbandsverbande, aber nicht unserer internationalen Bewegung verloren, da sie meist sofort in die betreffenden ausländischen Bruderverbände übertraten.

Ziehen wir außerdem noch in Betracht daß im Jahre 1910 mehr als 200 Tapetendrucker aus unserm Verbandsverbande ausschieden, teils weil sie auf Grund unserer Vereinbarung mit dem Fabrikarbeiterverbände in diesen übertraten, teils weil sie sich dem neuentstandenen Sonderverbände der Tapetendrucker anschlossen, dann ist es erklärlich, daß unsere Organisation, die infolge der Extraarbeitslosenunterstützung an Ausgesteuerte die eigentlichen Krisenjahre ohne Mitgliederverlust überstand, im Jahre 1910 keinen Mitgliederrückgang zu verzeichnen mußte.

Dieser beziffert sich auf 635 Voll- und 147 Halbm Mitglieder, im ganzen also auf 782 Kollegen. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Berichtsjahres 16356 Voll- und 147 Halbm Mitglieder, im Ganzen also 17505, am Schluß des Jahres 1910 15721 Voll- und 1002 Halbm Mitglieder, das sind zusammen 16723. Die geschilderten Tatsachen erklären diesen Verlust vollauf.

Im Gegensatz zu unserem Mitgliederbestand haben sich die Kassenverhältnisse unseres Verbandes im Jahre 1910 günstig entwickelt, besonders aber im letzten Quartal, was den Sanierungsbeschlüssen der Hamburger Generalversammlung zu danken ist. Das Vermögen des Verbandes in allen seinen Kassen, der Lehrlingsabteilung und des Senefelderbundes in Liquidation bezifferte sich am Beginn des Jahres 1910 auf 814302,88 Mk., am Schluß des Berichtsjahres auf 943547,59 Mk., was einen Ueberschuß von 129244,71 Mk. ergibt, wovon der Löwenanteil aber wie erwähnt auf das vierte Vierteljahr entfällt.

Ueber die Höhe der Jahreseinnahme und -Ausgabe und ihre Zusammensetzung stellt der Hauptvorstand ausführliches Material im Jahresbericht, der demnächst in Broschürenform erscheinen soll, in Aussicht, worauf wir schon jetzt hinweisen wollen.

Heute wollen wir nur bemerken, daß 83371 Mark der Jahresausgaben für die Erfüllung des Hauptzwecks unserer Organisation, d. h. also zur Führung des Kampfes für die Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aufgewendet wurden. Daraus ist schon zu ersehen, daß der Verband trotz der ungünstigen Wirtschaftslage des Gewerbes in dieser Richtung auch im Jahre 1910 nicht müßig gewesen ist.

Im Ganzen fanden im Berichtsjahre in 121 Orten 164 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen statt, die sich über 408 Betriebe mit 5714 Beschäftigten erstreckten. Von diesen 164 Bewegungen verliefen 136 mit 4980 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, und zwar wurden 126 dieser kampflösen Bewegungen mit 4670 Beteiligten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 10 mit 310 Beteiligten zur Abwehr von Verschlechterungen geführt. Bei den übrigen 28 Bewegungen mit 734 Beteiligten kam es zum Kampfe; davon waren 17 mit 496 Beteiligten Angriffstreiks, 10 mit 199 Beteiligten Abwehrstreiks und in 1 Fall wurden 39 Kollegen ausgesperrt. Die über-

wiegende Mehrzahl aller Bewegungen wurde also ohne Kampf entschieden.

Alle diese kampflösen Angriffs- und Abwehrbewegungen endeten für alle Beteiligten mit vollem Erfolge. Von den Angriffsstreiks waren 8 mit 235 Beteiligten von vollem, 3 mit 215 Beteiligten von teilweisem und 6 mit 46 Beteiligten von keinem Erfolg begleitet. Von den Abwehrstreiks war nur 1 mit 6 Beteiligten erfolgreich und 1 mit 4 Beteiligten teilweise erfolgreich, während die übrigen 8 mit 189 Beteiligten erfolglos blieben. Die Aussperrung mit 89 Beteiligten endete mit teilweisem Erfolg. Von allen Bewegungen waren demnach 145 mit 5221 Beteiligten erfolgreich, 5 mit 258 Beteiligten teilweise erfolgreich und 14 mit 235 Beteiligten erfolglos. Die Zahl der letzteren ist also im Vergleich mit der Zahl der ganz oder teilweise erfolgreichen Bewegungen und der daran Beteiligten außerordentlich gering.

Durch die Gesamtzahl der Bewegungen wurden für 1979 Personen Arbeitszeitverkürzungen von 3609 Stunden wöchentlich, für 2131 Personen Lohnerhöhungen von 3026 Mk. wöchentlich und für 2227 Personen sonstige Verbesserungen erreicht. Dagegen gelang es nicht, für 8 Personen Arbeitszeitverlängerungen von insgesamt 24 Stunden pro Woche, für 20 Personen Lohnherabsetzungen von 62 Mark wöchentlich und für 71 Personen sonstige Verschlechterungen abzuwehren. Die zu diesem Zweck geführten Abwehrstreiks blieben erfolglos. Die den Unternehmern gelungenen Verschlechterungen sind aber im Vergleich zu den Verbesserungen, die unsere Organisation auch im Jahre 1910 zu erringen vermochte, so gering, daß sie gar nicht in die Wagschale fallen.

Alles in Allem hat also der Verband auch im Jahre 1910 trotz der außerordentlich ungünstigen Lage des Gewerbes und trotz des dadurch hervorgerufenen Mitgliederrückgangs seinem Zwecke und seinen Aufgaben tatkräftig gedient. Er gab den Mitgliedern in allen Notlagen des Lebens einen festen Rückenhalt und wirkte unablässig für die Hebung der Lage des Berufs, gegen die Verschlechterung und für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufsangehörigen. In dieser Richtung wird er noch viel ausgedehnter tätig sein können, sobald sich die gewerblichen Verhältnisse wieder zu bessern beginnen und die Folgen der Krise sowie die Nachwirkungen der unsinnigen Zollpolitik und der verderblichen Reichsfinanzreform nicht mehr so schwer wie im Jahre 1910 auf unserem Gewerbe wuchten. Möge jeder Kollege durch die Stärkung des Verbandes mit allen Kräften daran mitarbeiten, daß unsere Organisation eine kommende bessere Zeit im Gewerbe im Interesse der Oehlfenschaft voll auszunutzen vermag.

Rundschau.

Dem Schicksal der Reichsversicherungsordnung ist der Leitartikel des »Deutschen Steindruckgewerbes« vom 1. Juni gewidmet. Daß die Entrenchung der Versicherungen in den Krankenkassen darin als eine patriotische Tat gefeiert wird, ist bei einem Scharfmacherblatte vom Schlage unseres Schutzverbandes selbstverständlich. Wir würden es daher für überflüssig gehalten haben, auf das Geschreibsel näher einzugehen, wenn in dem Artikel nicht auch folgendes gesagt würde: »In der Kommission wurde unter anderem auch darauf hingewiesen, daß die Rendanten der Ortskrankenkasse in Essen ein Gehalt von 9—10000 Mark pro Jahr beziehen und daß für den Fall der Ermäßigung des Gehalts durch den Erlaß einer Dienstordnung auf der dortigen Sparkasse der differenzierende Betrag hinterlegt sei. Wenn derartige Verträge wirklich abgeschlossen werden, ... so war es die höchste Zeit, daß die Gesetzgebung derartigen Machinationen der Sozialdemokratie mit aller Schärfe entgegentritt.« Wie wir schon im Leitartikel der vorigen Nummer unseres Blattes hervorhoben, sind in der Essener Krankenkasse nicht die Sozialdemokraten, sondern die Protegés des Schutzverbandes, die christlichen Zentrumsgewerkschafter, ausschlaggebend, und der in Frage kommende Rendant ist ebenfalls kein Sozialdemokrat, sondern eine Zentrumgröße, die man mit einer fetten Pfirnde bedachte und gegen die Folgen der (vom Zentrum beschlossenen!) Beamtenentrenchung durch die geschilderten Maß-

nahmen zu schützen suchte. Das mußte dem »Steindruckgewerbe« bekannt sein, denn es ging aus den Reichstagsverhandlungen klar und deutlich hervor. Da man aber den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie keinerlei Ausnutzung der Krankenkassen zu politischen Zwecken nachweisen kann, macht man sich kein Gewissen daraus, Zentrumstatuten der Sozialdemokratie auf's Konto zu schreiben, um hierauf gegen die »sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen mit dem Pathos tiefster sittlicher Entrüstung vom Leder zu ziehen. Das nennt dann das Unternehmerorgan »vornehme Kampfweise«.

Gelbe oder christliche graphische Arbeiter werden nach Böhmen als Sperrbrecher gesucht. Ein deutscher Kollege erhielt von der gesperrten Firma *Franz Strohbach Sohn in Schönau in Böhmen* folgenden schönen Schreibbrief: »P. T. Unter Bezugnahme auf Ihre werthe Offerte im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien benachrichtigen wir Sie, daß bei uns ein Posten eines Umdruckers entweder durch einen Nichtverbändler oder ein Mitglied des Frankfurter Verbandes oder des Kölner Christlichen Verbandes zu besetzen ist, keinesfalls aber durch ein Mitglied des roten sozialdemokratischen Verbandes. Dieser Posten, welcher bei zufriedenstellender Arbeitsleistung absolut dauernd ist, könnte sofort besetzt werden und bemerken wir, daß bei uns 8 1/2 stündige Arbeitszeit ist, die Feiertage bezahlt werden, Ueberstunden mit 50 Proz. Aufschlag honoriert werden. Falls Sie diesen Posten reflektieren, erbitten wir uns Lohnanspruch sowie Zeugnisabschriften. Hochachtend Franz Strohbach Sohn.« Die Auchorganisationen des graphischen Gewerbes in Frankfurt und Köln können stolz sein auf das Ansehen, das sie bei den Unternehmern, die Streik- oder Sperrbrecher gebrauchen, genießen. Besonders kann sich aber das Zentrumsvorbanden in Köln etwas darauf zugute tun, daß es von einem Unternehmer, der anscheinend seine Pappenheimer sehr gut kennt, ohne weiteres mit den Unorganisierten und den Gelben in einen Topf geworfen wird. Unorganisierte, Gelbe und Christliche — ein würdiges Kleeblatt, an dessen Anblick sich das scharfmacherische Unternehmertum erbauen kann!

Das Tapetenkartell soll erneuert werden. Zu diesem Zwecke fanden Mitte Mai in Berlin Verhandlungen statt. Alle anwesenden Vereinsmitglieder stimmten nach der »Tapete« für die Erneuerung des Kartellvertrages. Man will die kartellierten Unternehmer verpflichten, nur an solche Händler zu liefern, die ausschließlich Kartellware führen und die künftig keine Rolle mehr von Außenseiterfabriken kaufen.

Aus den Handwerkskammerberichten 1910: Breslau: Für das graphische Gewerbe konstatiert der Bericht, daß das Jahr 1910 eine etwas bessere Konjunktur aufwies als das Vorjahr. Zahlreiche Arbeiten, die früher in Steindruck hergestellt wurden, fallen jetzt infolge der immer weiteren Vervollkommnung der Aetzverfahren und der reichen Auswahl in schönen Schriften und Ausstattungsmaterial dem Buchdruck zu. Vom Steindruck ist nicht viel günstiges zu sagen. Der Absatz nach dem Auslande, der früher bedeutend war, ist durch die hohen Zölle fast ganz unterbunden. Durch das neue Kurpfuschereigesetz steht dem Gewerbe wieder ein großer Verlust in Aussicht, denn die chemisch-pharmazeutische Branche zählt mit zu den Hauptkunden des Steindrucks. Eine erfreuliche Besserung konstatierten im Berichtsjahr die xylographischen Anstalten, desgleichen sind die chemigraphischen Anstalten gut beschäftigt gewesen. — **Stettin:** Die Geschäftslage der Buch- und Steindruckereien war im allgemeinen befriedigend. Während die Buchdruckereien dauernd beschäftigt waren, litten die Steindruckereien unter dem starken Wettbewerb der neueren Buchdruckverfahren, so daß die Steindruckerei-Einrichtungen nicht immer genügend ausgenutzt werden konnten. Die Papierpreise blieben unverändert, dagegen erfuhr fast sämtliche sonstigen Rohstoffe wiederholt Preissteigerungen.

Ueber den Buchbindertarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart wurde am 22. und 23. Mai in Leipzig weiterverhandelt. Das gestaltete sich sehr schwierig, weil die Unternehmer bei der Bezahlung der Ueberstunden nur geringes Entgegenkommen zeigten. Nach langen Auseinandersetzungen wurden als Aufschlag für die erste 12, für die zweite 15 und für die dritte Ueberstunde 20 Pf. festgesetzt. Gegenüber dem bisherigen Verhältniss beträgt die Erhöhung nur bei der ersten Stunde 2 und bei den Arbeiterinnen nur 1 Pf. Nacharbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die bisher überhaupt nicht geregelt war, wird in Zukunft mit 30 Pf. Aufschlag pro Stunde berechnet. Zur generellen Einführung von paritätischen Arbeitsnachweisen konnten sich die Unternehmer nicht verstehen, sie wollen nur der örtlichen Einführung solcher Nachweise keine Schwierigkeiten bereiten. Eine sehr lange Debatte rief die Besetzung der Schnelldruckpressen hervor. Man einigte sich auf folgende Bestimmung: »Das an Schnelldruckpressen sämtlicher Systeme beschäftigte Personal muß zu zwei Dritteln aus Pressern und kann zu einem Drittel aus Mädchen bzw. Hilfspersonal bestehen.« Bisher durften Phoenix- und Viktoriapressen zur Hälfte von Arbeiterinnen bedient werden. Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs gelten alle vorher getroffenen, entgegenstehenden Abmachungen für aufgehoben,

womit auch die tarifwidrige Leipziger Sonderabmachung gefallen ist, wonach für Arbeiterinnen, die Gehilfenarbeit verrichten, ein 20prozentiger Abzug zulässig war. Erre aus je fünf Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bestehende Akkordtarifkommission tritt voraussichtlich nach Pfingsten zur Beratung in Leipzig zusammen. Die Dauer ihrer Tagung wird auf etwa 14 Tage ankommen.

Die un-demokratische Disziplinslosigkeit einer Gruppe von Mitgliedern des Malerverbandes hat in Leipzig zur Gründung einer Lokalorganisation geführt. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich vor etwa einem Jahre in Hamburg ab, wo die Unzufriedenheit mit dem zentralen Tarifausschuß zur Abspaltung eines Teils der Mitglieder führte. Diese haben sich jedoch inzwischen wieder dem Verbande angeschlossen. Das bedauerliche Vorkommnis in Leipzig ist auf die Unzufriedenheit mit den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung zurückzuführen. Hoffentlich kommt es auch in diesem Falle bald zu einer Beseitigung der Differenzpunkte und zu einer Einigung, da die Zerspaltung nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer leiten würde.

Der berühmte Arbeitswilligenagent Hintze stand kürzlich als Angeklagter vor Gericht und zwar wegen ganz ruppiger Beleidigungen, die sich Hintze gegen zwei Streikposten in Leipzig beim vorjährigen Saiterstreike zuschulden kommen ließ. Zu einem Streikposten, der ihn und seine Sorte in höflicher Weise auf den Streik aufmerksam machte, sagte er: »Halts Maul, du Affe« und einem andern, der überhaupt nichts zu ihm sagte, rief er zu: »Verfolgst du mich immer noch, du Lump, Vagabund! Du Haderlump verfluchter, ich box dir eine rein!« Wegen dieser unter Streikbrechern wohl landesüblichen Salonsprache hatte sich nun Hintze, der gegenwärtig seiner Militärflicht genügen muß, vor dem Kriegsgericht der 2. Division zu Rastenburg zu verantworten und erhielt wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen drei und fünf Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle je einen Tag Haft aufgelegt. Die Schlußfolgerungen, die an diesem Urteil zu knüpfen wären, wenn man die Rollen der Kläger und des Angeklagten als vertauscht betrachtet, überlassen wir unsern Lesern.

Der Arbeitsmarkt im April. Die Besserung der Lage des Arbeitsmarktes, die im März bereits gemeldet wurde, hat nach dem »Reichsarbeitsblatt« im April weiter angehalten. Besonders im Baugewerbe, das im Vormonate noch ziemlich still lag, hat infolge der günstigen Witterung der Beschäftigungsgrad in den meisten Teilen Deutschlands wesentlich zugenommen. Auch auf dem Ruhrkohlenmarkt machte sich eine Besserung geltend. Gut war der Geschäftsgang der elektrischen und chemischen Industrie. Befriedigend war der Geschäftsgang im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, in der Roheisenzeugung und in den Stahlwerken. Auch die Maschinenindustrie hatte zumeist zufriedenstellend zu tun, nur wird vielfach über gedrückte Preise geklagt. In der Kaliindustrie war der Geschäftsgang normal, doch zeigte sich eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonate. Ueber unbefriedigenden Absatz klagten die ober- und niederschlesischen Steinkohlenwerke. Recht ungünstig lauten auch die Berichte aus der Textilindustrie. Als besonders schlecht wird die Lage der Baumwollspinnereien und der Tuchindustrie bezeichnet. Unbefriedigt beschäftigt war auch die Fenster- und Spiegelglasindustrie sowie die Möbelfabrikation.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe im April stand nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblattes, die jetzt nicht nur vierteljährlich, sondern auch monatlich veröffentlicht werden, wie folgt:

Organisation	Mitgliederzahl am Monatsende	Arbeitslose am Monatsende am 1. d. Ort	Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
			Ende April 1911	Ende April 1910	Ende März 1911
Buchdrucker ..	—	—	—	—	—
Buchbinder ..	29069	595	2,2	2,7	2,4
Graph. Hilfsarb.	—	—	—	—	—
Lith. u. Steindr.	16925	570	4,0	4,5	4,7
Notenstecher	—	—	—	—	—
Xylographen ..	462	21	4,8	4,6	1,5
Gutenbergbund	3063	26	1,1	1,3	0,3
Graphisch. Gewerbe (Chr.)	—	—	—	—	—
Graphische Berufe (H.-D.)	1658	4	0,4	0,4	0,3

Von den Verbänden der Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Notenstecher und vom christlichen graphischen Verband liegen Angaben für April leider noch nicht vor. Im übrigen ist in den großen Zentralverbänden der Buchbinder und der Lithographen und Steindruckerei der Prozentsatz der Arbeitslosen im April 1911 sowohl gegenüber demselben Monat des Vorjahres als auch gegenüber dem Vormonate (März 1911) etwas gesunken.

Generalversammlungen und Kongresse Bergarbeiter. Die 19. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands fand vom 21. bis 26. Mai in Bochum statt. Sie beschloß, vom 1. Oktober ab die Beiträge auf 30 Pf. für alle Mitglieder mit einem Durchschnittseinkommen unter

Politische Monatsschau.

Berlin, den 3. Juni 1911.

Reichstagsschließung. Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung. Verfassung für Elsaß-Lothringen. Großes Anfräumen vor den Ferien. Reichstagswahl in Düsseldorf. Leichenverbrennung in Preußen. Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

3 Mk., auf 40 Pf. für solche mit einem Durchschnittsverdienst von 3 bis 4 Mk. und auf 50 Pf. für alle Mitglieder mit einem Durchschnittsverdienst über 4 Mk. pro Tag zu erhöhen. An den einzelnen Unterstützungsgruppen wurde jedoch trotz der Beitragserhöhung nichts geändert. Es herrschte allgemein die Stimmung vor, alle Mittel nach Möglichkeit für die zu erwartenden Kämpfe aufzuspeichern. Nur die Gemäßregeltunterstützung wurde um 2 Mk. auf 12, 14, 16 Mk. und die Streikunterstützung um 1 Mk. pro Woche erhöht. Dann schaffte die Generalversammlung die bis jetzt gehandhabte Bestimmung ab, daß der Verband keine Arbeiter über 50 Jahre sowie keine Arbeiterinnen aufnimmt. Man ließ diese bis jetzt aus prinzipiellen Gründen hochgehaltenen Bestimmungen fallen. Eine Neuerung schuf man in der Errichtung eines sogenannten Aktionsausschusses. Er setzt sich zusammen aus Delegierten, welche direkt von den Mitgliedern jedes Bezirkes aus ihrer Mitte mittels geheimer Abstimmung gewählt werden, ferner aus den Bezirksleitern, dem Gesamtverband und den Redakteuren. Bei der Besprechung der Lohnbewegungen wurde das ganze System der »Christlichen« gebührend beleuchtet. Von der Mitte des vorigen Jahres an begannen sich die Lage auf dem Kohlenmarkt bedeutend zu bessern; die Unternehmergewinne gingen in die Höhe. Da hatten die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit einer Lohnforderung vorzugehen. Aber der »christliche« Bergarbeiterverband schloß sich der Forderung einer fünfzehnprozentigen Lohnerhöhung nicht an. Im Gegenteil, von da an begann die »Königliche Volkszeitung« und mit ihr der christliche »Bergknappensystematisch unwahre, grau in grau gefärbte Bericht vom Kohlenmarkt zu verbreiten; sie redeten der Öffentlichkeit vor, daß die Unternehmer keine Ueberschüsse machen. Jetzt, nachdem durch dieses Verhalten die Lohnbewegung kaputt ist, kommt auch die »christliche« Presse und muß zugeben, daß die Gewinne der Bergherren steigen. Die Delegierten sprachen dem Vorstand für sein Verhalten gegenüber diesen schätzbaren Gegnern ihr volles Vertrauen aus, was sie auch durch die Wiederwahl des Vorstandes und der Redaktion bekundeten. Ferner wurde der aus dem Essener Meineidsprozeß bekannte und im Wiederaufnahmeverfahren glänzend rehabilitierte zweite Vorsitzende Ludwig Schröder, der am ersten Verhandlungstage infolge eines Schlaganfalls die Leitung des Verbandes niederlegen mußte, in Hinsicht auf seine Verdienste um den Verband mit vollem Gehalt pensioniert. Nach zwei Referaten des Verbandessekretärs Waldhecker und des Redakteurs Pokorny über den Stand des gesetzlichen Bergarbeiterschutzes und die sanitären Zustände auf den Gruben, formulierte die Generalversammlung noch einmal ihre diesbezüglichen Forderungen an die Bergherren und die Gesetzgebung. Die beiden Referate werden ihres reichen Inhalts wegen als Agitationsbroschüre verbreitet. Die nächste Generalversammlung wird der Verband über zwei Jahre in Hannover abhalten.

Glaserarbeiter. Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Glaserarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands fand vom 22. bis 26. Mai in Ilmenau statt. Der Mitgliederbestand sank infolge der Krise von 17218 am Beginn der Berichtsperiode auf 14625 Ende 1909; im Laufe des Jahres 1910 ging es aber wieder vorwärts, sodaß der Verband am Jahresende wieder 15742 Mitglieder zählte. Das Vermögen beträgt 130920 Mark am Schluß der Berichtsperiode gegen 71208 Mark am Beginn. Eine Frage Aussprache fand über die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Töpfer und Porzellanarbeiter zu einem Keramarbeiterverbande statt. Gegen 2 Stimmen wurden die Vorstände der in Betracht kommenden Verbände ersucht, ein gemeinsames Statut auszuarbeiten, das den Mitgliedern innerhalb der nächsten 2 Jahre zur Urabstimmung vorgelegt werden soll. Der Vorstand will alle agitatorischen Kräfte veranlassen, die Verschmelzungsfrage mehr als bisher in den Mitgliederkreisen zu behandeln. Die Beiträge für weibliche und solche männliche Mitglieder, die ein Jahresinkommen bis 700 Mark haben, wurden auf 40 Pf. für Arbeiter mit einem Einkommen von 700 bis 1000 Mark auf 50 Pf. und für höherentlohnte Arbeiter auf 60 Pf. wöchentlich festgesetzt. Für Westdeutschland wurde ein Gauleiter angestellt. Die Verbandsfunktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung tagt 1913 in Dresden.

Blumen- und Blätterarbeiter. Der 4. Verbandstag des Zentralverbandes der Blumen- und Blätterarbeiter Deutschlands tagte vom 26. bis 27. Mai in Berlin. Er befaßte sich eingehend mit der Frage des Anschlusses an den Hutarbeiterverband und erklärte sich einstimmig im Prinzip für die Verschmelzung. Der Vorstand wurde beauftragt, weitere Verhandlungen mit dem Vorstande des Hutarbeiterverbandes zu führen. Der nächste Verbandstag soll zu gleicher Zeit und am gleichen Orte wie die Generalversammlung der Humacher stattfinden und dort der Uebertritt vollzogen werden. Der Beitrag für männliche Mitglieder wurde auf 45 Pf. wöchentlich erhöht und für letztere auch Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Das Verbandsorgan soll in Zukunft alle 14 Tage erscheinen.

Am letzten Maienachte hat der Reichstag wieder einmal seine Pforten geschlossen. Die Abgeordneten sind in die großen Ferien gegangen, aus denen sie am 10. Oktober noch einmal zu einer kurzen Herbsttagung, die nur bis gegen Ende November währen soll, in den Waldbau zurückkehren werden. In dieser Herbstsession hofft die Regierung noch auf die Erledigung des Heimarbeits- und des Schiffsabgabengesetzes, der Novelle zur Gewerbeordnung und der Privatbeamtenversicherung. Wenn es nach ihren Wünschen und denen des schwarzblauen Blocks ginge, müßte der Reichstag, der in Wahrheit schon lange abgewirtschaftet hat, weil seine Zusammensetzung dem Willen der Volksmehrheit rein gar nicht mehr entspricht, auch noch die geplante Revision der Strafgesetze in Angriff nehmen, die bekanntlich mit scharfen Ausnahmebestimmungen gegen die Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt werden sollen. Aber man scheint die Unmöglichkeit, diese Revision noch vom gegenwärtigen Reichstage durchzuführen zu lassen, doch eingesehen und daher auch diese schönen volksfreundlichen Wünsche preisgegeben zu haben. Wie verlautet, sind die Reichstagsneuwahlen nunmehr für die erste Hälfte des Januar 1912 in Aussicht genommen. Der neue Reichstag soll dann Anfang Februar seine Tätigkeit beginnen. Wir vertrauen auf das deutsche Volk, daß es für eine Zusammensetzung sorgen wird, die ähnliche Versündigungen an den Interessen des Volkes, wie sie der gegenwärtige Reichstag begehen konnte, unmöglich macht.

Neben der Reichsfinanzreform muß als schlimmste dieser Versündigungen die Reichsversicherungsordnung bezeichnet werden, die der Reichstag noch kurz vor dem Sessionsschluß verabschiedet hat. Wir haben die Vollendung des Werkes, das sogar von einem gutbürgerlichen Organ, dem »Berl. Tagebl.«, als ein völlig verpfushtes, durch und durch reaktionäres Werk, dem es fast an jedem versöhnlichen Moment fehle und dessen Grundtendenz in der Abneigung gegen die bürgerliche und proletarische Selbstverwaltung zu finden sei, schon im Leitartikel der vorigen Nummer besprochen. Wir können uns daher hier auf die Feststellung beschränken, daß der Reichstag in der dritten Lesung weitere Verschlechterungen beschlossen hat, für die besonders die den Landkrankenkassen erteilte Erlaubnis, die Dauer des Wochengeldbezugs auf 4 Wochen zu beschränken, charakteristisch ist. Dieser aller Kultur und Menschlichkeit hohnsprechende, gegen die proletarischen Mütter auf dem Lande gerichtete Beschluß kennzeichnet die ganze Prahlerei der herrschenden Klassen mit der berühmten deutschen Sozialpolitik als eine elende Heuchelei! Die dritte Lesung schloß am 30. Mai mit der Annahme des Gesetzes mit 232 gegen 58 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen. Alle bürgerlichen Fraktionen haben sich also an der Volksentrechtung und -Verhöhnung durch die Reichsversicherungsordnung zu Mitschuldigen gemacht. Neben den Sozialdemokraten sind nur einzelne linksstehende Volksvertreter dem Volkswillen gerecht geworden und haben gegen das Gesetz gestimmt. Die Massen müssen auf die Versündigung, die der ganze bürgerliche Mehrheitsklüngel an ihnen beging, zur gegebenen Zeit die gebührende Antwort erteilen.

Einen erfreulichen Abschluß im Gegensatz zur Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung fanden die Verhandlungen des Reichstages über die Verfassung für Elsaß-Lothringen. Der Entwurf dieses Gesetzes hat in der Kommission bereits einmal eine glatte Ablehnung erfahren, so daß das Scheitern des Gesetzes nicht ausgeschlossen schien. Dank des tatkräftigen Eintretens der sozialdemokratischen Fraktion für die Gewährung des Reichstagswahlrechts zur zweiten Kammer der Reichslande fand die Vorlage aber im Plenum des Reichstages eine Mehrheit und das Gesetz wurde unter Einführung des gleichen Wahlrechts gegen den Willen der Konservativen und anderer gleichgesinnter Reaktionen und mit Hilfe der Sozialdemokraten mit 211 gegen 93 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Durch diese fortschrittliche Tat, die ohne die Hilfe der Sozialdemokraten nicht möglich gewesen wäre, hat das Elsaß-Lothringische Volk endlich eine Verfassung erhalten, die den Reichslanden eine Vertretung im Bundesrat und ihren Bürgern ein weit größeres und freieres Mitbestimmungsrecht sichert, als es den Einwohnern Preußens und der meisten anderen Bundesstaaten bis jetzt beschieden ist. Aufgabe der letzteren, die nicht Reichsbürger zweiter Klasse sein wollen, wird es nun sein, sich die gleichen Rechte wie die Elsaß-Lothringer in den Bundesstaaten, denen sie angehören, zu erkämpfen.

Am 31. Mai, dem letzten Verhandlungstage vor den Ferien, machte der Reichstag noch großes Anfräumen, indem er das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung, das Gesetz betreffend die Schiffsmeldungen bei den Konsulaten des Deutschen Reiches, das in Brüssel 1910 abgeschlossene Uebereinkommen über das Seerecht, den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz, den Handelsvertrag mit Schweden, das Uebereinkommen mit Japan, das

Kolonialbeamtengesetz, die Novelle zum Zündwarensteuergesetz, das Gesetz über die Beseitigung von Tierkadavern und das Notdiätengesetz in dritter Lesung erledigte und verabschiedete. Nach dieser Akkordarbeit reisten die Abgeordneten ihren heimischen Penaten zu.

Bis zum Beginn der Herbstsession des Reichstages macht sich noch eine Nachwahl notwendig, da der langjährige Vertreter von Düsseldorf, der Zentrumsabgeordnete Kirsch, am 21. Mai im Alter von 64 Jahren gestorben ist. Er vertrat seit 1893 Düsseldorf im preußischen Abgeordnetenhaus; 1898 wurde er dort auch zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Bei den Wahlen 1907 erhielt er im ersten Wahlgange 29259 Stimmen, der Sozialdemokrat Grimpe 25389, der Nationalliberale Kehren 14664, ein volksparteilicher Zahlkandidat 593 und ein polnischer 268 Stimmen. In der Stichwahl siegte Kirsch mit 33317 Stimmen über den Sozialdemokraten, der es auf 25233 brachte. Das Zentrum hat also einen ziemlich gefährdeten Wahlkreis zu verteidigen, der ihm verloren gehen kann, wenn die Liberalen nicht wieder ihre liberalen Grundsätze in den Wind schlagen, wie es schon so oft geschehen ist.

Kurz vor dem Reichstage ist auch die sogenannte Volkvertretung des größten deutschen Bundesstaates, der Landtag in Preußen, in die Ferien gegangen. Besondere Beachtung verdient die Annahme des Feuerbestattungsgesetzes, zu der sich das preußische Dreiklassenparlament mit 157 gegen 155 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 2 Stimmen, noch kurz vor Ferienbeginn aufgeschwungen hat. Durch dieses Gesetz wird endlich die Feuerbestattung in Preußen zugelassen. Dieser Staat teilte sich bis jetzt mit Bayern in die Ehre, im Gegensatz zu allen anderen größeren deutschen Bundesstaaten noch keine Krematorien zu besitzen. Der Preuße, der sich nach seinem Tode verbrennen lassen wollte, mußte sich zu diesem Zwecke nach Sachsen, Württemberg, Hessen, Gotha usw. transportieren lassen. Insgesamt gibt es bis jetzt in Deutschland 23 Krematorien, von denen auf Sachsen 4, Baden 4, Württemberg 3, Hessen 2, Anhalt 1, die freien Städte je 1 und die thüringischen Staaten zusammen 6 entfallen. Nach einer Statistik, die der wissenschaftliche Hilfsarbeiter am Statistischen Amte in Charlottenburg, Dr. Erich Simon, zusammengestellt hat, haben von 1878 bis 1910 in Deutschland rund 30000 Einäscherungen stattgefunden. Im Jahre 1878 wurde die erste Verbrennung in Gotha vorgenommen; im Jahre 1891 fanden bereits 165 statt. Im letzten Jahre war die Zahl auf 6074 angewachsen. Unter den einzelnen Städten steht Hamburg mit 678 oben; dann folgen Chemnitz mit 643, Leipzig mit 477 usw. Es steht außer Frage, daß sich die Einrichtung im Laufe der Zeit zur allgemein üblichen Bestattungsart entwickeln wird, woran auch der zähe Widerstand gewisser Kreise, deren Geistesverwandte im Mittelalter die Errichtung von Scheiterhaufen zur Verbrennung Lebender tatkräftig förderten, gegen die Errichtung von Krematorien zur Verbrennung Verstorbener erfreulicherweise nichts mehr ändern kann.

Zum Schluß muß der Chronist noch eines Vorkommnisses von großer politischer Bedeutung gedenken, das sich kurz nach dem Abschluß der vorigen politischen Monatsschau ereignete und das weit über die Stadt und den Staat, wo es sich zutrug, hinaus das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch nahm: die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart. Diese wird nicht durch das Stadtparlament, sondern unmittelbar durch die stimmberechtigten Gemeindeglieder vorgenommen. Unter den Kandidaten befand sich auch ein Sozialdemokrat, der bekannte Kommunalpolitiker Dr. Lindemann, in einer außerordentlich aussichtsreichen Position. Wegen dieser Kandidatur kam es leider in der Parteipresse zu scharfen Auseinandersetzungen. Besonders traten der Berliner »Vorwärts«, die »Leipziger Volkszeitung« und das »Hamburger Echo« dagegen auf, weil Lindemann auch in der Repräsentationspflicht gegenüber der Krone volle Freiheit für sich beanspruchte. Wegen dieser Auseinandersetzungen beschlossen die Stuttgarter Bezirksvertreter am 2. Mai, von jeder selbständigen sozialdemokratischen Kandidatur abzusehen und für einen bürgerlichen Kandidaten einzutreten. Eine zwei Tage später abgehaltene Parteiversammlung hielt jedoch an der Kandidatur fest und gab dem Kandidaten die verlangten Freiheiten zur Erfüllung der Repräsentationspflichten. Bei der am 12. Mai abgehaltenen Wahl unterlag jedoch Dr. Lindemann mit 12236 Stimmen dem national-liberalen Kandidaten Lautenschlager, der 13154 Stimmen erhielt. Diese Niederlage ist zweifellos mit verschuldet worden durch die erwähnte Preßfehde und das dadurch hervorgerufene Hin und Her innerhalb der Stuttgarter Parteinstanzen, das die für einen derartigen Wahlkampf unbedingte Einigkeit und Geschlossenheit nicht aufkommen ließ. Hoffentlich wirkt der Wahlausfall als heilsame Lehre. Dann wird die Bahn frei werden für eine tatkräftige, praktische Politik, die als ihre vornehmste Aufgabe die größtmögliche und intensivste Wahrnehmung der Interessen des Volkes auf allen Gebieten verfolgt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

II.

Haben wir im vorhergehenden Absatz auf die praktischen Erfolge einer durchgreifenden Verkürzung der täglichen Arbeitszeit hingewiesen, so wollen wir nunmehr eine Seite behandeln, die nicht minder wichtig ist und all das weitere Gute zeigen soll, das ein Arbeiter durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewinnen kann.

Die Gegner der Arbeiterschaft sind sich über die »volksverhetzende« Tätigkeit der »bösen« Sozialdemokratie völlig einig. Wir allerdings sind anderer Meinung. Wir erblicken gerade in der Sozialdemokratie die einzige politische Partei, die sich rückhaltlos und energisch der Interessen der Unterdrückten und Enterbten annimmt. Alle anderen politischen Parteien vertreten besondere Herrschafts- und Geldsacksinteressen und sind damit ohne weiteres Gegner der Arbeiterinteressen. Es ist nur zu bedauern, daß es noch so viele Arbeiter gibt, die diesen ebenso einfachen als wahren Satz immer noch nicht begreifen können und sich vor allem bei Wahlen von ihren wirtschaftlichen und politischen Ausbeutern Honig um den Bart schmieren lassen, den unternehmerlichen Rattenfängerlöhnen folgen und besagten Volksausbeutern ihre Stimmen geben

Doch keine Abschweifung. Die Gegner der Arbeiterschaft sind selbstverständlich emsig bemüht, der »bösen« Sozialdemokratie alles mögliche Schlechte nachzusagen. Eines der beliebtesten Schlagworte unserer Gegner ist dabei auch, daß gesagt wird, die Sozialdemokratie wolle das so »traditionelle« und geheiligte Familienleben zerstören. Diese Herrschaften spotten nämlich oft ihrer selbst und wissen nicht wie. Als wenn in den meisten Arbeiterfamilien das Familienleben nicht schon längst zerstört und zerissen wäre! Nicht durch die Sozialdemokratie, bewahre! Das hat der Kapitalismus besorgt, jener schrankenlos wütende Kapitalismus, der nicht nur den Vater, sondern in den meisten Fällen heute auch schon die Mutter und teilweise sogar die Kinder in die Tretmühle zwingt, und zwar vom frühen Morgen bis zum späten Abend! Und nehmen wir doch auch den günstigeren Fall an, in dem der Mann arbeitet und tatsächlich einmal ausnahmsweise in der Lage ist, alle Bedürfnisse in seiner Familie durch seiner Hände Arbeit decken zu können. Hat dieser Mann ein Familienleben? Hat die Familie einen Vater? In der Regel kommt der Vater nach Hause zu einer Zeit, in der die Kinder bereits schlafen und er geht morgens schon wieder zur Arbeit, wenn die Kinder noch im Bett ruhen. Richtig zu sehen bekommen ihn die Kinder höchstens am Sonntag. Wir sagen »höchstens«, denn wie oft ist es nicht der Fall, daß bei der heutigen Unsicherheit im Erwerbleben der Familienvater gezwungen ist, von Heim und Familie getrennt zu arbeiten, sodaß er sich nur vielleicht mal alle vier oder acht Wochen den Luxus einer Heimreise erlauben kann, um einige Stunden im Kreise seiner Familie zu verweilen.

Das so viel gepriesene Familienleben des Arbeiters gehört eben der Vergangenheit an. Der moderne vor nichts haltmachende Kapitalismus hat es zerstört. Es aber wieder herzustellen liegt auch in unserem Interesse. Wir fordern deshalb die Verkürzung der Arbeitszeit für Männer und besonders auch für Frauen, daß sie sich der Familie vor allem in erzieherischem Sinne widmen können, daß ein Menschengeschlecht heranwächst, das es später einmal nicht nötig hat, mit den Schläcken des Althergebrachten und künstlicher Voreingenommenheit am eigenen Leibe anzuräumen. Es ist nötig, daß Vater und Mutter auf die heranwachsende Generation in geeigneter Weise einwirken, sie mit der eigenen modernen Lebensanschauung schon von Kindesbeinen an durchdrängen und so dem Klassenkampf die Wege ebnen. Es gilt ja auch, den Kindern möglichst in ihrem Erwerb des Wissens nachzuweihen, denn der en masse betriebene Schulunterricht in unseren »berühmten« Volksschulen bedarf dringend einer häuslichen Nachhilfe, um auf diese Weise dem Kinde das spätere gewerbliche Fortkommen zu erleichtern. Zu alle dem aber gehört Zeit und Muße.

Es ergibt sich hieraus, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, danach zu streben, daß die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird. Das schafft ein erträgliches Familienleben und gibt vor allem auch Gelegenheit, die heranwachsende Generation in dem uns genehmen Sinne zu erziehen. Das ist nötig, es kann gar nicht genug den zersetzenden Einflüssen, die sich vor allem darin geltend machen, daß man unsere Volksschuljugend zu recht püdeltrauen »Unterthanen« heranzubilden sucht, entgegenzuwirken werden. Möge man deshalb ruhig im gegenseitigen Lager schimpfen und sagen, daß wir einen unheilvollen und schädlichen Gegensatz zwischen Schule und Haus schaffen. Wir wissen, was auf dem Spiele steht. Es handelt sich hier um der Menschheit Zukunft und deshalb haben wir die Pflicht, allen schädigenden Einflüssen in dieser Richtung entgegenzuwirken. Deshalb setzen wir jedem Angriff auf die Verbiödung der Proletarierjugend die zweckentsprechende Aufklärung entgegen. Das ist unsere Pflicht und wir sind dabei nicht die Angreifer, wir befinden uns in der Abwehr.

Allerdings, zu einer solchen fruchtbringenden Tätigkeit gehört Zeit. Schaffen wir sie, indem wir überall den Nachdruck darauf legen, daß die Arbeitszeit des Proletariats verkürzt wird!

Das Heimarbeitsgesetz.

Nachdem der Reichstag die unersättliche Freßgier des Molochs Militarismus und Marinismus befriedigt hat, wird er nicht umhin können, die Wunden, die dem deutschen Volke durch diese Milliarden-Opfer geschlagen worden sind, durch sozialpolitische Schönheitspflasterchen zu überkleben. Die vor der Tür stehenden Neuwahlen könnten ja auf wirklich positive Arbeit hoffen lassen, wenn nicht der Haß gegen jede ernsthafte Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung unsere herrschenden Klassen blind machte, so daß zu befechteten ist, daß die beiden wichtigsten Gesetzesvorlagen, die außer der Reichsversicherungsordnung noch der Erledigung harren, das Arbeitskammergesetz und das Heimarbeitsgesetz, auch nur Stückwerk bleiben, wenn sie überhaupt noch in dieser Legislaturperiode zustande kommen. Denn die interessierten Unternehmerkreise sind eifrig am Werk, auch diese magere Sozialreform noch zu hintertreiben, wie das Zurückweichen der bürgerlichen Parteien hinter die Beschlüsse der ersten Lesung in der zweiten Kommissionssesung des Heimarbeitsgesetzes zur Genüge beweist.

Die Zahl derjenigen, die zu diesen Ausgebeuteten der Ausgebeuteten gehören, ist aber keineswegs gering. Nach der Berufszählung von 1907 gibt es im Deutschen Reich noch über 400000 hausgewerbetreibende Personen; 1895 waren es etwa 460000. Während die Gesamtzahl in diesem Zeitraum um 11,5 Proz., die Anzahl der männlichen Personen im Hausgewerbe sogar um 33,3 Proz. abgenommen hat, ist dagegen die Zahl der beschäftigten Frauen und Mädchen von 202000 auf 234500 oder um 16,2 Proz. gestiegen. Zieht man in Betracht, daß viele — namentlich Ehefrauen von unteren Beamten — aus falscher Scham ihr hausgewerbliche Tätigkeit auf dem Fragebogen nicht angegeben haben, daß auch nicht wenige hausgewerbetreibende sich als selbständige Meister zählen, so gelangt man zu der Annahme, daß die hier angeführten Zahlen von der Wirklichkeit noch um ein Bedeutendes übertroffen werden.

Nachdem die Wissenschaft schon lange, die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag von 1895 sich mit der Heimarbeit beschäftigt hatte, wurden die breiteren Schichten der Öffentlichkeit zum ersten Male durch den im Jahre 1904 in Berlin von Gewerkschaften aller Richtungen und bürgerlichen Sozialpolitikern zusammengerufenen Heimarbeiterkongress auf die in dieser Industrie herrschenden grauenhaften Zustände hingelenkt. Von noch größerer Wichtigkeit für die Aufpeitschung des bürgerlichen Gewissens war die Heimarbeits-Ausstellung in Berlin. An der Hand eines umfangreichen Materials wurde gezeigt, wie Hunderttausende von Menschen bei kärglicher Entlohnung unter den gesundheitswidrigsten Verhältnissen zwölf und mehr Stunden täglich arbeiten müssen, um nur ihr Dasein fristen zu können. Freilich waren nicht nur ethische Momente für das Interesse maßgebend, das unser Bürgertum durch den Besuch dieser und namentlich der nächsten Heimarbeits-Ausstellung in Frankfurt a. M. (1908) an den Tag legte. Vielmehr wurde ihm zum Bewußtsein gebracht, daß durch die Produkte, die von diesen schwindstüchtigen Proletariern hergestellt werden, als Wäsche, Kleider, Spielzeug usw., auch Angehörige der eigenen Klasse in Mitleidenschaft gezogen und von Krankheitskeimen infiziert werden können.

Eine erste Wirkung dieser unausgesetzten Aufklärungarbeit der Gewerkschaften und Sozialpolitik war die *Novelle zur Gewerbeordnung* zwecks Regelung der Heimarbeit, mit der die Regierung endlich im Jahre 1908 hervortrat. Danach sollten die Polizeibehörden, Landesregierungen und der Bundesrat die Befugnis haben, zum Schutze der Heimarbeiter sanitäre Maßnahmen zu treffen.

Dieser in der Kommission stecken gebliebenen Novelle folgte dann im Februar 1910 ein neuer *selbständiger* Gesetzentwurf der Reichsregierung, der sich im wesentlichen an die Gewerbeordnungs-Novelle vom Dezember 1908 anlehnte. Im selben Frühjahr noch wurde die Kommissionsberatung über diesen Gesetzentwurf beendet. Trotz einiger Verbesserungen, die er in der Kommission erfuhr, wird er doch noch lange nicht den Anforderungen gerecht, die der Heimarbeiterkongress an die Gesetzgebung gestellt hat.

Geht man die einzelnen Paragraphen durch, so ist es gleich § 3, der in seiner Kommissionsfassung eine Halbheit darstellt. Der Regierungsentwurf wollte es dem Bundesrat überlassen, Verordnungen zu erlassen, die den Aushang von *Lohntafeln* in allen Räumen fordern, wo Heimarbeit ausgeübt wird. Die Kommission, die zuerst darauf bestand, daß diese Maßregel zu einer Zwangsvorschrift erhoben werde, nahm nachträglich wieder die Einschränkung vor, daß der Bundesrat die Befugnis erhalte, auf Antrag Beteiligter einzelne Berufszweige von diesen Verpflichtungen auszunehmen. Durch eine derartige Ausnahmemöglichkeit wird der Wert der ganzen Bestimmung in Frage gestellt. Die Regierung erklärte nämlich in der Kommission aus-

drücklich, daß es längere Zeit dauern dürfte, bis die Berufe ermittelt seien, bei denen das Aufstellen von Lohntafeln möglich sei; eine allgemeine Tarifierung der Löhne bezeichnete sie direkt als un-durchführbar. Bei dieser Opposition der Regierung gegen die Lohnregulierung kann man sich ungefähr denken, in welchem Umfange der Bundesrat von der Einschränkungsbefugnis Gebrauch machen würde. Gegenüber dieser von beschränktem Bürokratismus zeugenden Regierungserklärung sei hier auf die Entgegnung *Professor Wilbrandts* auf dem II. Heimarbeiterkongress hingewiesen, der in seinem Referat auf das englische Beispiel hinwies. Hier ist die Schwierigkeit dadurch behoben, daß dort wo Stücklöhne nicht möglich sind, einfach Zeitlöhne durch die Lohnämter normiert wurden! Auch die Einführung der *Lohnbücher* (§ 30), die die Reichstagskommission fordert, hat schon den lebhaftesten Widerspruch der Unternehmer hervorgerufen, so daß es fraglich erscheint, ob diese Bestimmung der arbeitereindlichen Gegnerschaft im Plenum standhalten wird. Doch auch schon in der Kommission erhielt dieser Paragraph wieder die famose Einschränkung, daß der Bundesrat gewisse Berufszweige von der Einführung der Lohnbücher freihalten kann.

Am krassensten jedoch trat die Schwächlichkeit der Kommission bei der Frage der *Lohnkommissionen* resp. *Lohnämter* zutage. Dies ist der Kernpunkt der ganzen Heimarbeiterfrage. So wie all das Elend der Heimarbeiter seine letzte Ursache in den niedrigen Löhnen hat, so sind diese wieder neben den Ersparnissen an Raum, Licht usw. der eigentliche Grund, der dem Kapitalisten diese Art der Produktion, die ja technisch fast immer rückständig ist, vorteilhaft erscheinen läßt. Gelingt es der Arbeiterschaft, durch Lohnkommissionen oder Lohnämter die Lohnfrage gesetzlich zu regeln, so würde damit eine Grundlage geschaffen, von der aus die gewerkschaftliche Organisation den weiteren Kampf für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Heimarbeiter führen könnte. Damit aber würde die Heimarbeit aufgehört, für den Unternehmer rentabel zu sein. Daher auch der heftige Widerstand der Regierung und aller kapitalistischen Parteien gegen diesen Antrag der Sozialdemokraten in der ersten Kommissionslesung. Selbst ein zunächst angenommener Zentrumsantrag, der den Bundesrat wieder ermächtigte, in ganz besonders zurückgebliebenen Industriezweigen solche Lohnkommissionen einzusetzen, wurde in der zweiten Lesung der Kommission wieder abgelehnt. Der Einfluß der Scharfmacher auf diese Kommissionsverhandlungen ist unverkennbar.

Das Heimarbeitsgesetz hat aber nur dann wirklichen Wert, wenn dem Uebel an die Wurzel gegangen wird durch die *Lohnregulierung*. Sollte es nicht gelingen, im Plenum die Schaffung von Lohnämtern und die Festsetzung von Mindestlöhnen durchzusetzen, dann lieber in den Orkus mit dem ganzen Gesetzentwurf. Welcher Wert den Lohnämtern beizulegen ist, das zeigen auch die Erfahrungen in England, wo seit 1909 nach australischem Vorbild auf diesem Gebiete vorangegangen wird. Die dort eingesetzten Lohnämter bewirkten nicht nur eine bedeutende Verbesserung der Lebenshaltung der unter das Gesetz fallenden Arbeiter — stiegen doch die Löhne der *Kettelarbeiterinnen* von Cradney Heath und der *Spitzenmacherinnen* von Nottingham um 100 bis 140 Proz. — sondern sie zeitigten auch eine für die *Gewerkschaften* ganz besonders wichtige Erscheinung, über die *G. Dymnert* in der »Sozialen Praxis« berichtet (XX. Jahrg. Nr. 8). Demnach ist in den vier Industrien, die bis jetzt der Lohnregulierung unterworfen wurden, die Gewerkschaftsbewegung plötzlich zum Leben erwacht. Die Versammlungen sind jetzt überfüllt. In den Mittelpunkt der Bekleidungsindustrie, in Leeds, Glasgow, Bristol, Manchester verzeichnen die Filialen der Organisation einen noch nie dagewesenen Mitgliederzuwachs. So sieht man, daß auf diesem bisher so hoffnungslosen Gebiet der Impuls für die Organisation kommt, sobald das Gesetz die Garantien gibt, daß die gewerkschaftlichen Zwecke auch erreicht werden können.

Um noch einmal vor den Reichstagsverhandlungen die Stimme der Heimarbeiter selbst der Öffentlichkeit zu Gehör zu bringen, beriefen die Gewerkschaften aller Richtungen in Gemeinschaft mit dem Ausschuss für Sozialpolitik zum 12. Januar 1911 einen zweiten Heimarbeiterkongress nach Berlin, der sich einer überaus starken Beteiligung erfreute. Das Referat über das Hausarbeitergesetz hatte Prof. *Wilbrandt*-Tubingen übernommen, dessen Ausführungen auch in den Ruf nach *Regelung der Löhne* ausklangen: höhere Löhne sind der beste Schutz und die wirksamste Hygiene! Nach einer ausgedehnten Diskussion, in der von ca. 30 Rednern — größtenteils Heimarbeitern — ein düsteres Bild vom Heimarbeiterelend entrollt wurde, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, durch die der Reichstag aufgefodert wurde, die Fassung der ersten Lesung wieder herzustellen, d. h. an den obligatorischen *Lohntafeln* und *Lohnbüchern* festzuhalten und zur Steuerung des Lohndrucks *partielle Lohnämter* einzusetzen, die auch das Recht haben müssen, *Lohnsätze* und *Mindestlöhne* aufzustellen. (Wir haben in Nr. 3 der »Gr. Pr.« über den Kongress berichtet.) Die Sozialdemokratie wird jedenfalls mit der ihr eigenen Zähigkeit an den vom Heimarbeiterkongress aufgestellten Mindest-

forderungen festhalten; als Arbeiterpartei par excellence ist sie allein in der Lage, ohne Rücksicht auf Profitinteressen einen wirksamen Schutz für die gedrückten Heimarbeitler durchzusetzen. SSC.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.

Soeben ist der siebente Bericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen erschienen, der über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in den 20 angeschlossenen Ländern Auskunft gibt. Das etwas verspätete Erscheinen erklärt sich daraus, daß auch diesmal einige Landeszentralen recht lange auf ihren Bericht warten ließen; so lief der Rest des belgischen erst Februar, der französische gar erst im März d. J. ein. Einige Berichte sind in ihren statistischen Angaben auch nicht ganz lückenlos; einzelne Länder, darunter sogar England, können nicht einmal vollständige Angaben über die Mitgliederzahlen machen. Die Länder, wo straffe Zentralisationen vorhanden sind, sind naturgemäß in der Lage, auch die vollständigsten Zahlen zu liefern.

Im übrigen haben aber alle angeschlossenen Länder Berichte eingesandt. Zum ersten Male erscheint auch aus Rumänien ein Bericht. Dagegen konnten über Rußland zahlenmäßige Angaben nicht beschafft werden, da dort die Verfolgungswut selbst die »legalen« Vereinigungen zu einer engeren Verbindung nicht kommen läßt. Die Verbindung mit der Türkei und Argentinien ist über gelegentliche Korrespondenzen noch nicht hinausgekommen. Auch Australien ist noch nicht angeschlossenen, da es dort noch immer an einer Zentralinstanz fehlt. Wie aber aus einem beigefügten Bericht des Sekretärs vom Gewerkschaftskartell in Carlton (Victoria) hervorgeht, haben die Gewerkschaften der australischen Bundesstaaten in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Dem Gewerkschaftskartell zu Carlton gehören zurzeit 94 Gewerkschaften an, in denen 40 festangestellte Sekretäre tätig sind.

Was die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter anlangt, so hat Deutschland das hierin bisher dominierende England überflügelt! Zu den untenstehenden englischen Zahlen ist allerdings zu bemerken, daß diese sich auf das Jahr 1908 beziehen, da dort die amtliche Feststellung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nur alle zwei Jahre erfolgt.

Der Mitgliederzahl nach ergibt sich für die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder die folgende Reihenfolge (die Mitgliederzahl des Jahres 1908 ist in Klammern beigefügt): Deutschland 2447578 (2382401), England 2406746 (2406746), Vereinigte Staaten 1710433 (1588000), Frankreich 977350 (294918), Italien 783538 (546650), Oesterreich 455401 (482276), Schweden 148649 (219000), Niederlande 145000 (128845), Belgien 138928 (147058), Dänemark 121295 (120850), Schweiz 112613 (113800), Ungarn 85266 (102054), Norwegen 44223 (48157), Spanien 40984 (44912), Finnland 24928 (24009), Bulgarien 18753 (12933), Rumänien 8515 (?), Bosnien-Herzegowina 4470 (3997), Serbien 4462 (3238), Kroatien 4361 (4520). Für Frankreich war im Vorjahre nur die Mitgliederzahl der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften angegeben, während diesmal die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund des Berichtes des Statistischen Amtes eingestellt ist. Für Ungarn, Serbien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten konnte mangels anderer Angaben nur die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, welche der Landeszentrale angehören, eingestellt werden. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist in diesen Ländern zum Teil erheblich höher. Für alle 20 im internationalen Sekretariat vertretenen Länder weist die Tabelle insgesamt 9583493 (8669835) Gewerkschaftsmitglieder aus; dazu kämen noch Australien, das Ende 1908: 239293 (1907: 213321) gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählte, und Argentinien mit 22457 (1908: 28625) Gewerkschaftsmitgliedern, so daß die im Vorjahre mitgeteilte Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die allerdings Rumänien und Argentinien nicht umfaßte, sich von 9308157 für 1909 auf 9845243 erhöht.

Inzwischen haben in den meisten Ländern die Gewerkschaften schon wieder bedeutend zugenommen, so daß man nicht fehlgehen wird, wenn man das Heer der organisierten Arbeiter in den man das Heer der organisierten Arbeiter in den Kulturländern gegenwärtig auf zehn Millionen schätzt. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften haben nur 15 Länder mit einer Gesamtmitgliederzahl von 6692293 (5000326) berichtet; es fehlen die Angaben für Frankreich, Belgien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten.

In den 15 (14) Ländern, welche Berichte lieferten, hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 132253228 Mk. (126387013 Mk.), eine Ausgabe von 117639115 Mk. (109991690 Mk.), sowie einen Kassenbestand von 182936115 Mk. (175909670 Mk.). Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung 1414136 Mk. (1491279 Mk.), Arbeitslosenunterstützung 22193888 Mk. (21438741 Mk.), Krankenunterstützung 2084473 Mk. (20073015 Mk.), Invalidenunterstützung 7379120 Mk. (7404619 Mk.), Sterbegeld 3566075 Mk. (3327975 Mk.), sonstige Unterstützung 2312130 Mk. (2784211 Mk.); für diese Unterstützungen insgesamt 57707822 Mk. (56579740 Mk.).

Für Streiks und Aussperrungen wurden 1909 in 14 Ländern 26627902 Mk., 1908 in 11 Ländern 15727870 Mk., 1907 in ebenfalls 11 Ländern 19601413 Mk. ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Aussperrungen weist wiederum Deutschland mit 8616366 Mk. (8625994 Mk.) auf; dann folgt Schweden mit 5128280 Mk. (3208035 Mk.), England mit 2667060 Mk. (2667260 Mk.) und Oesterreich mit 1873938 Mk. (1212102 Mk.).

Fast in keinem Lande ist die Gewerkschaftsbewegung eine ganz einheitliche; meist bestehen neben der Landeszentrale, welche dem internationalen Sekretariat angeschlossen ist, noch Gewerkschaften anderer Richtung. In Deutschland zählen die christlichen Gewerkschaften mit 270751 Mitgliedern, auf die Hirsch-Dunckerschen entfallen 108028.

Auf die Einzelberichte der verschiedenen Länder des näheren einzugehen, dürfen wir wohl unterlassen, umso mehr, als über die bedeutsameren Vorkommnisse seinerzeit doch schon berichtet worden ist.

Im ganzen zeugt auch dieser stattliche Band von 247 Seiten noch mehr wie seine Vorgänger von einer gewaltigen Bewegung, von Kraft und Energie, von dem starken Willen der Arbeiterklasse, sich die ihr gebührende Anerkennung zu erzwingen. Keine Macht der Erde vermag den Aufstieg der Arbeiter zu den lichterhöhen Höhen der Menschheit dauernd zu hindern. g. n.



Allgemeines.

Teil für die

gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Aus unserm Bulletin.

Das neue »Bulletin des internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe« (Nr. 14 vom 14. Mai 1911) enthält neben einem Artikel über die *Stellungnahme belgischer Gewerkschafter zur deutschen Gewerkschaftsbewegung* (siehe auch »Gr. Pr.« Nr. 18) hauptsächlich Berichte über den Stand unserer Bewegung in den einzelnen Ländern.

In erster Linie ist folgende Abhandlung über den Stand der Zentralisationsbestrebungen der Verbände der Lithographen, Steindrucker usw. in *Belgien* erwähnenswert: »Unsere belgischen Bruderorganisationen waren in verschiedene Vereine zersplittert. Kollege Sillier, der am 18. September v. J. in Brüssel seine Ansichten im Namen des internationalen Sekretariats über den engeren Zusammenschluß kundgab, empfahl die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Statuts und den Zusammenschluß der Vereine zu einem Verband über ganz Belgien. Diese Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten beendet und die Vereine der Steindrucker, der Chemigraphen und der Formstecher haben sich jetzt zu einem Verbandszusammenschluss geschlossen. Nur die Brüsseler Lithographen stehen dem Zusammenschluß noch fern; hoffen wir, daß auch diese sich bald eines besseren belehren lassen und sich gleichfalls dem Verbandsanschließen. Eine so kleine Zahl wie die der Brüsseler Lithographen als selbständige Organisation den Unternehmern gegenüber vollständig machtlos, und da sie doch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken will, so dürfte es in ihrem Interesse liegen, wenn sie unsere nur gut gemeinten Vorschläge nicht unbeachtet lassen und dem allgemeinen Verbandsbeitritt würde.«

Der dem belgischen Bericht folgende Bericht aus *Deutschland* gibt einen Ueberblick über das Ergebnis der Tarifbewegung der Lithographen. Da die »Gr. Pr.« die deutsche Kollegenschaft eingehend darüber informiert hat, erübrigt sich die Wiedergabe dieses Berichtes.

Ebenso verhält es sich mit dem Bericht aus *Finnland* über den Streik der finnischen graphischen Arbeiterschaft, über dessen Verlauf und Ergebnis die »Gr. Pr.« die deutschen Kollegen ebenfalls ständig unterrichtet. Zu dem fünfjährigen Tarifabschluß, durch den der Kampf beendet wurde, bemerkt das »Bulletin« zutreffend: »Wenn gleich auch unsere finnischen Kollegen in ihrem ausdauernden heldenmütigen Kampfe nicht das erreicht haben, was sie annähernd zu erreichen hofften, so darf aber dieser neuerliche Abschluß dennoch als ein Erfolg aufgefaßt werden. Unsere finnischen Kollegen können, wenn man die ganze Tragweite

in Betracht zieht, mit dem Abschluß voll zufrieden sein. Hatten die Unternehmer doch ihre Absicht darauf gerichtet, überhaupt keinen Tarifabschluß mit den Arbeitern mehr einzugehen, wie sich auch das gesamte Großkapital gegen die Forderungen unserer Kollegen verbündete. Erst nach langem Kampfe erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit, die bekanntlich wiederholt an dem starren Festhalten der Unternehmer, nichts zu bewilligen, scheiterten. Große finanzielle Verluste, besonders auf der Unternehmenseite, mußten erst verzeichnet werden, ehe sie nur etwas zum Nachgeben bereit waren. Endlich nach einem Kampfe von 14 Wochen kam es zum Abschluß. Ein größerer Teil Arbeiter blieb nach dem Abschlusse noch arbeitslos, weil ein großer Teil Arbeit verloren ging. Auch hierin zeigen sich die bedeutenden Verluste, denn viele Arbeiten gingen an das Ausland verloren. Trotzdem beglückwünschen wir unsere finnischen Kollegen wegen ihres heldenmütigen Ausharrens; die Früchte des Kampfes werden ihre dauernde Nachwirkung haben, da der Gegner die Macht der Arbeiterorganisationen kennen lernte.«

Der Jahresabschluß unserer Bruderorganisation in *Norwegen* und ihre Mitte April abgehaltene Generalversammlung, der der nächste Bericht des »Bulletins« gilt, wurden ebenfalls in der »Gr. Pr.« schon behandelt, weshalb hier nur die Bemerkungen des »Bulletins« zu der Entwicklung des norwegischen Verbandes wiedergegeben werden sollen: »Wenn wir die gesamten Beschlüsse dieser bedeutungsvollen Generalversammlung betrachten, so können wir gewiß anerkennen, daß der norwegische Verband hinsichtlich der Beitragshöhe, seines Kampfstandpunktes und seiner Unterstützungseinrichtungen vollständig auf der Höhe steht und allgemein zur Nachahmung empfohlen werden kann. Der norwegische Verband hat nicht nur den höchsten ordentlichen Beitrag unter allen angeschlossenen Landesorganisationen, sondern er hat daneben noch eine allgemeine Extrasteuer auf eine ausgedehnte Zeit für die Ansammlung eines Kampffonds beschlossen, die ihm alle Ehre macht. Hoffen wir, daß viele daraus lernen mögen.« Diesen Ausführungen können wir uns nur anschließen.

Einen längeren Artikel bringt das »Bulletin« über *Oesterreich*, besonders über den Verlauf der böhmischen Tarifbewegung. Nach einer Dauer von rund 5 Monaten wurde der schwere Kampf durch den österreichischen Senefelderbund abgebrochen, der die Parole an seine kämpfenden Mitglieder ausgab, in den Aussperrorten die Arbeit zu den Bedingungen des zwischen den Unternehmern und der tschechischen Sonderorganisation abgeschlossenen Tarifs aufzunehmen, aber ohne Bindung auf eine bestimmte Zeit und unter der Bedingung, daß jedem streikenden Mitgliede bei der Arbeitsaufnahme sofort eine Lohnerhöhung um 2 Kr. gewährt wird. Auf Grund dieser Parole ist nun in einer Reihe von Betrieben die Arbeit aufgenommen. Andere Firmen weigern sich, die Bedingungen zu erfüllen; manche wollen sogar noch weniger zubilligen als der Tarif mit der Lithograficka Beseda besagt. Infolgedessen wird nur in einem Teil der Betriebe gearbeitet. Aber das hat nun die Unternehmer selbst uneinig als bisher gemacht und der Teil, wo noch nicht gearbeitet wird, wandte sich an die Unternehmerorganisation. Diese forderte den Senefelderbund auf, dafür zu sorgen, daß die Arbeit in allen Betrieben aufgenommen wird; andernfalls werde am 15. Mai eine weitere Aussperrung erfolgen. Die Annahme trug unsere österreichische Bruderorganisation natürlich keinerlei Rechnung. Trotzdem hüteten sich die Unternehmer, ihre Drohung wahrzumachen. Sie gaben damit ein Zeichen ihrer Uneinigkeit und Schwäche und haben sich durch ihren albernen Schreckschuß, dem sie die Tat nicht folgen lassen konnten, nicht schlecht blamiert. Die gute Befolgung der Parole des Senefelderbundes durch seine Mitglieder ist aber gleichbedeutend mit einer

ständigen Beunruhigung des böhmischen Unternehmertums, die es eher oder später von seiner Unnachgiebigkeit kurieren muß. — Daß diese nicht gleich gebrochen werden konnte, ist auf die traurige Rolle zurückzuführen, die der tschechische Sonderverband in der böhmischen Tarifbewegung spielte. Das »Bulletin« bemerkt dazu: »Bei diesem Kampfe spielt die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation, die Trennung von dem bestehenden Zentralverband, dem österreichischen Senefelderbunde, eine große Rolle. Haben doch selbst die Unternehmer zu gut gewußt, wo sie den Hebel anzusetzen haben; von Anfang an haben sie sich an die viel schwächere Organisation der Tschechen gehalten. Die Unternehmer wußten, daß deren Kräfte bald erschöpft sein müssen und tatsächlich hat es sich gezeigt, daß deren Mittel schon nach einigen Wochen erschöpft waren. Dies erschwerte den Kampf ungemein und so kam es auch, daß mit den Tschechen ein Tarif auf fünf Jahre abgeschlossen wurde, wobei keine Verbesserungen erreicht wurden, aber im Einzelnen die Mitglieder noch um geringeren Lohn angefangen haben, als sie vordem hatten.« — Ein neuer, während des Kampfes unternommener Versuch des internationalen Sekretariats, eine Einigung zwischen dem tschechischen Sonderverband und der österreichischen Zentralorganisation herbeizuführen, ist bis jetzt noch ergebnislos geblieben. Darüber schreibt das »Bulletin«: »Anfang März d. J. fand eine Besprechung in Prag mit den Vertretern der tschechischen Organisation, den Kollegen Koranda und Matucheck, angeregt durch das internationale Sekretariat, statt, um zu beraten, ob nicht eine Einigung mit dem österreichischen Senefelderbund und der tschechischen Organisation möglich ist. An der Besprechung nahmen noch der Vorsitzende der Prager Buchdrucker und die Kollegen Sillier und Mühlberger teil. Die Vertreter der tschechischen Organisation — der Lithograficka Beseda — erklärten nach einiger Beratung, daß sie ihrem Vorstand die Sachlage unterbreiten und auf entsprechende Vorschläge zurückkommen werden; bis zur Stunde liegt aber von den Vertretern der tschechischen Organisation keine weitere Mitteilung vor.« Möchte der Verlauf der Tarifbewegung die Mitglieder der »Lithograficka Beseda« doch noch zur Vernunft bringen, damit die böhmische Gehilfenschaft dem Unternehmertum künftig geschlossen gegenüberzutreten vermag.

Das »Bulletin« bringt sodann folgende erfreuliche Mitteilung über Schweden: »Unsere schwedische Bruderorganisation, die nach der letzten großen Aussperrung aus der allgemeinen schwedischen Landesgewerkschaftszentrale ausgetreten war, ist auf Grund der Erörterungen des internationalen Kongresses in Amsterdam und auf Einwirken des Sekretariats nunmehr wieder der allgemeinen Landesgewerkschaftszentrale beigetreten. Mit uns wird dieser Schritt gewiß allgemein begrüßt werden. Der immer engere Zusammenschluß der Gewerkschaften bedeutet ihre Stärkung.«

Die neue Nummer des »Bulletins« wird abgeschlossen durch einen Bericht aus der Schweiz über die Delegiertenversammlung des schweizerischen Lithographenbundes, über die die »Gr. Pr.« bereits berichtet hat.

Auskunft und Engagement.

Der Artikel des Kollegen O. Gr., D. in Nr. 20 der »Graph. Presse« ist sicher gut gemeint, und er behandelt auch eine Frage, die zu den wichtigsten Zeitfragen unseres Verbandes gehört. Denn was in Punkto »Auskunft«, besonders *Auskunfts-einholung*, gesündigt wird, ist schon nicht mehr schön. Man muß sich nur wundern, daß diese wichtige Sache manche unserer Kollegen so *sehr gleichgültig* behandeln.

Trotzdem der Hauptvorstand, trotzdem die »Graph. Presse« so und so oft darauf hinweisen, daß die Auskunftserteilung nur auf die offizielle »Fragekarte zur Auskunftserteilung« (Form. 14) Auskunft geben dürfen, benutzen manche Kollegen gewöhnliche Postkarten, Ansichtskarten oder auch Briefe zur Anfrage. Dadurch entsteht nun vor allem beiderseitig schon ein Zeit- und meistens auch ein Geld-

verlust, der keinem andern als dem Unternehmer zu gute kommt und von diesem auch meistens ausgenutzt wird.

Die Bestrebungen fast aller Unternehmer gehen nun einmal dahin, die Löhne möglichst zu drücken und auch durch möglichst raschen Engagementsabschluß die Wirkung der Auskunftserteilung zu verhindern. Das alles hat der Kollege O. Gr., D. sehr richtig und sehr ausführlich geschildert; seine reiche Erfahrung stand ihm da wahrscheinlich zur Seite.

Zu dem von ihm empfohlenen Mittel, um diese Bestrebungen der Unternehmer zu parieren, möchte ich bemerken, daß ich auch schon auf fast den gleichen Gedanken wie der Kollege O. Gr., D. gekommen bin; aber auf Grund langjähriger Erfahrung halte ich diesen Gedanken doch nicht für realisierbar. Die Redaktion machte bereits im Anschluß an den Artikel die sehr richtige Bemerkung, daß die strenge Durchführung des Vorschlags nicht nur Geld, sondern auch Zeit kosten würde.

Mir graut z. B. schon vor jeder neuen Statistik, die von uns Verwaltungsmenschen doch jetzt schon wahrlich oft genug gefordert werden. Und bei dem Mittel, das der Kollege O. Gr., D. empfiehlt, müßten wir — wenn es richtig durchgeführt werden sollte — doch fast *alle 14 Tage*, mindestens aber jeden Monat Statistiken aufnehmen. Wer nun aus Erfahrung weiß, wie schwer es ist und welche Riesengeduld oft dazu gehört, Statistik-Bogen ausgefüllt zurückzuerhalten, der wird auch begreifen, daß die Durchführung dieses Mittels nicht so einfach ist. Oft werden statistische Fragebogen erst nach zwei- oder dreimaliger Erinnerung nach drei, vier Wochen oder auch noch später mangelhaft oder noch garnicht ausgefüllt zurückgesandt. Mag sein, daß es nicht überall so ist; aber in allen Orten mit *rückständigen* Verhältnissen wird man wohl seine liebe Not haben, ehe man endlich einmal etwas hereinbekommt.

Ob dann alles wirklich stimmt, ist noch die andere Frage. Durch List muß man manchmal erst die Wahrheit suchen; denn wir haben leider noch Kollegen, die sich eine oder auch mehrere Mark zu ihrem Lohne selbst in die Tasche lügen! Auch in Punkto Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen stimmt es manchmal nicht so ganz genau. Da kommt es dem betreffenden Kollegen nicht darauf an, $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ Stunde *weniger* Arbeitszeit hinzuschreiben, als er in Wirklichkeit arbeiten muß.

Bezeichnend ist es auch, daß man auf öftere Anfragen an Kollegen in rückständigen Orten oder Firmen, auf die man ein scharfes wachsames Auge haben muß, überhaupt keine Antworten erhält oder daß die Antwort lautet: »Es sollen Verbesserungen eingeholt werden.« Welcher Art diese Verbesserungen (manchmal handelt es sich auch um *Verbesserungen*, denn die Kollegen werden vom Prinzipal einzeln vorgenommen und durch Versprechungen von »Lebensstellungen« aus dem Verband herausgelockt) sind, wird nicht geschrieben. Wenn man sich dann später an Ort und Stelle erkundigt, ist alles noch »beim Alten«.

Unsere bestehende Auskunftserteilung — um Kurzschluß zu machen — genügt vollständig, wenn manche unserer Kollegen mehr *Gewissens- und Pflicht-* Menschen wären und die Ortsverwaltungen rascher und besser benachrichtigten. D.

Brief aus Gera.

Wer aus dem Umstände, daß selten etwas aus Gera in der Presse zu lesen ist, schließen will, hier seien gute oder wenigstens genügende Verhältnisse, befindet sich im Irrtum. Gera hatte geraume Weile neben Saalfeld und Coburg den zweifelhaften Ruhm, die Stadt der schlimmsten Lehrlingszüchterei zu sein; eine Eigenschaft, die jetzt noch nachklingt. Lithographen und Steindruckere aus diesen drei Städten finden sich in allen Ländern. Mancher mußte auch dem Berufe den Rücken kehren, weil unter den traurigen Verhältnissen des Leibes Nahrung nicht anfiel und nicht im entferntesten soviel Gehilfen beschäftigt werden konnten, als herange- und verbildet wurden. Des Leibes Nahrung ist auch jetzt in Gera noch besonders schwer zu erschwingen. Da sonst noch manches Rückständige der Besserung bedarf, kamen die Kollegen dazu, Ende April an die Besserung der Verhältnisse heranzugehen. Allen 8 Firmen wurde eine Tarifvorlage unterbreitet und um Rückäußerung gebeten. Wer aber nicht antwortete, das waren die Herren Unternehmer. Es entspricht zwar der Verkehrssitte und ist schicklich, auf höfliche Fragen Antwort zu erteilen; dazu konnten sich aber die Geraer Unternehmer nicht aufschwingen. Vielleicht wollten sie uns bluffen, als sie sich dem Schutzverband anschlossen, der ja bekanntlich rückständige Verhältnisse nicht schützen will. Der Beitritt der Geraer Unternehmer zum Schutzverband ist uns aber keineswegs unlieb, sind doch nun alle, wie man so zu sagen pflegt, »mit im Genacke«. Heute ist es natürlich ausgeschlossen, daß sich ein Schutzverbandsmitglied jahrelang seinen Verpflichtungen entziehen kann, wie es einige ältere Semester in Gera nach 1906 getan haben. Die Herren haben von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und wir sorgen dafür, daß nun auch die Pflichten erfüllt werden. Am Ende haben aber die Herren noch garnicht darüber nachgedacht, daß das Arbeitsverhältnis bei Schleifsteindrehern auch von den Arbeitern kritischer

betrachtet wird. Da wird wohl noch manche Zustimmung des Geschäftsmagens kommen. Doch das ist Sache der Unternehmer selber!

Am 19. Mai fanden nun die Verhandlungen in Gera statt. Alle acht Geschäfte waren prinzipal und gehilfenseitig vertreten. Außerdem nahmen noch der Syndikus und der zuständige Kreisvertreter des Schutzverbandes, sowie unser Gauleiter an den Verhandlungen teil. Wir wollen aber die Kollegen mit einer Schilderung der Verhandlungen verschonen, die für die hiesige Gehilfenschaft eine wahre Fundgrube von Material waren. Wir wollen auch keine Darstellung von dem Gezerre und Geschachere geben: Keine Spur von Fortschritt, höchstens ein Sanktionieren nebensächlicher Dinge, die durch die Entwicklung längst überholt sind. Und gar die Löhne! Wie ausreichend wurden die befunden. Wie wurden gewissenhaft alle Laster und Gebrechen, die der einzelne haben soll, wie wurden alle seit langer Zeit erfolgten Zulagen aufgezählt. Alles ein Beweis, daß die Lohnverhältnisse eben noch jämmerlicher waren, als sie jetzt noch durchschnittlich und in vielen Einzelfällen sind. Der Durchschnittslohn ist in Gera trotz aller Zulagen niedriger, als in Städten gleicher Größe und gleicher Lebensbedingungen. Das war aber doch des Outen zu viel und die Gehilfen erklärten nach ca. vierstündiger Verhandlung, daß die Vorlage zurückgezogen und daß es den Herren Prinzipalen überlassen wird, die gemachten »Zugeständnisse« zu verwirklichen. Wir verzichteten auf eine weitere Beratung.

Allem Anscheine nach hatten die Unternehmer gar kein Verständnis für die dadurch gegebene Situation. Umso mehr Verständnis haben aber die Gehilfen dafür, die mit $\frac{1}{10}$ Mehrheit die Haltung der Kommission billigten. Und daß dieses Verständnis erhalten bleibt, dafür haben die Unternehmer gesorgt. Auch in Gera brechen andere Zeiten an!

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Hannover.

Merkantil-Lithographie.

Als ich die von unserer Mitgliedschaft und deren »Umgebung« eingesammelten *merkantilen Arbeitsmuster* besichtigte, kamen mir als ehemaligem Chromoscluster wegen der großen Feinheit eines Teils dieser Arbeiten doch recht eigentümliche Gedanken. Was sind unsere Merkantil-Lithographen doch zum Teil sehr schlecht bezahlte Kräfte! Wenn man diese ft. Ansichten- und Schriftgravuren vergleicht mit manchen anderen Leistungen in den graphischen Gewerben, so muß man unbedingt zu der Einsicht kommen, daß die Arbeiten der Merkantil-Lithographen eigentlich zu den schlechtest bezahlten Arbeiten überhaupt gehören. Einige ganz geringe Ausnahmen, die hier zu vermerken sind, bestätigen nur die Regel. Wer die Feinheit dieser Linien betrachtet, muß sich doch sagen, daß da eine riesige Übung und eine große Sicherheit dazu gehört, bis man solche Arbeiten fertig bringt. Wenn man aber die Lohnhöhe und die Arbeitszeit in der Merkantil-Lithographie berücksichtigt, dann muß man im Hinblick auf diese oft wahrhaft künstlerischen Leistungen sagen, daß es einen schlechter bezahlten Beruf überhaupt kaum geben kann. — Ebenso wie mir ging es beim Anblick der ft. Ansichtgravuren eines Photographen, der auch die Feinheiten der Ausführung bewunderte und darüber staunte, daß man diese Leistungen so schlecht bezahlt.

War das denn immer so? muß man sich angesichts solcher vorrefflichen Arbeiten fragen. Und aus Erfahrung weiß man ja selbst noch, daß es vor dreißig und mehr Jahren ganz anders war. Ich kannte noch »Schriftlithographen«, die bis zu 96 Mk. (mit Worten neunzig und sechs Mark!) pro Woche verdienten. Solche Verdienste wird man heutzutage wohl mit der Lupe suchen dürfen? Ja, ich kannte einen Oravurlithographen, der einfach sagte, wenn einem Kunden oder Besteller die Arbeit zu teuer vorkam: »Sie müssen mir auch die Zeit bezahlen, wo ich nicht arbeite.« Wenn man richtig darüber nachdenkt, hatte der Kollege auch nicht zu viel gesagt; denn bei solchen feinen Zeichnungen und Schritten, wie sie der Merkantilithograph machen muß, kann man nicht »so mir nichts dir nichts« darauf los schuffen, sondern man muß auch einige Kunstpausen dazwischen machen.

Wie kam es nun, daß die Bezahlung des Merkantilithographen so sehr schlecht wurde?

Manches ist daran schuld, am meisten wohl mit die riesige Lehrlingszüchterei in der Merkantilithographie. Entgegen der Chromolithographie, die hauptsächlich in einigen Großstädten ausgeübt wird, wird die Merkantilithographie in sehr vielen Mittel- und Kleinstädten gepflegt. Und wie in der Merkantilithographie die Lehrlingszüchtung betrieben wird, davon zeugt manche Arbeit! Es wurden aber immer so viel Lehrlinge hergezüchtet, wie zu bekommen waren. Manchmal war nur der Chef Lithograph. Gehilfen wurden an vielen Stellen

niemals beschäftigt, sondern nur Lehrlinge. Manchmal war nicht einmal der Chef Lithograph. Die Merkantillithographen gingen in den guten Chromolithographen vielfach zur Chromolithographie über, weil sie eben mit ihrem bishigen Merkantill, das sie gelernt hatten, nicht fortkommen konnten. Dem Merkantill ging viel Feld verloren. Als der amerikanische Stil aufkam, hatte die Merkantillithographie wieder ein weites Feld, aber durch die riesige Lehrlingszuchterei waren eben die Löhne teils zu weit herunter gekommen! Jetzt heißt es, die Löhne wieder zu heben!

Deutsche im Auslande!

Etwas aus Italien.

Der deutsche Arbeiter ist wohl im Auslande überall wegen seiner großen Berufskennntnisse und seiner sonstigen guten Eigenschaften ein geachteter Mensch. Jeder, der einmal über die Grenzen seines Vaterlandes hinauskommt, wird dies gewiß mit Oenugung konstatiert haben. Wie wenig Achtung dagegen genießt meist der tüchtige Arbeiter daheim im Vaterlande bei den Herren Unternehmern!

Nun habe ich jedoch diese Zeilen nicht bekommen, um allen Kollegen zu lobsenden. Es gibt nämlich auch Kollegen, die die Achtung, die uns im Auslande zuteil wird, wirklich nicht verdienen. Wo Licht ist, da ist auch Schatten! Auch unter uns Arbeitern finden sich einzelne Menschen, die sich den guten Ruf, den wir im Auslande im allgemeinen genießen, zu Unredlichkeiten zu Nutze machen.

War da ein Kartograph in Rom. Man wußte, daß trotz seines guten Verdienstes das Geld bei ihm immer rar war. Nun ja, es gab in Rom stille Oestrien und einen guten Wein! Der Kartograph verließ auf einmal mit seiner Familie fluchtartig Rom, und das hatte seinen guten Grund, denn noch am Tage der Abreise meldeten sich Hauswirtin, Oestriapatron, Bäcker, Spezereihändler und verschiedene Kollegen, um das geliehene Geld zu holen. Auch eine arme Näherin wartete vergebens auf Bezahlung für geleistete Arbeit. Handelte es sich auch um keine Kapitalien, die der Kartograph schuldig geblieben war, so war diese Handlung aber doch geeignet, auf die zurückgebliebenen Deutschen ein schlechtes Licht zu werfen. Dieser Ehrenmann von einem Kartographen war natürlich unorganisiert. Er heißt *Ewald Mading* und soll jetzt in Stuttgart sein.

Jetzt will ich von einem andern Stuttgarter namens *Karl Böhm* erzählen. Dieser Mann hatte schon auf vielen Plätzen nicht den besten Eindruck hinterlassen. Ich machte in *Novara* mit ihm wieder Bekanntschaft. Als er unser kleines Provinzstädtchen verließ, schuldete er dem Schneider 60 Frs. für einen Anzug, den er sich schnell noch vor seiner Abreise hatte machen lassen. Ein anderer guter Freund — selbst ein armer Teufel — sagte gut für ihn. Nicht einen Pfennig konnte dieser noble Herr bis heute senden, obgleich er immer Stellung hatte. Jetzt ist er wohl wieder jaheim in Stuttgart.

Dann gab ein Berliner jünger Senefelders mit dem Namen *Max Beling* hier in *Novara* ein Gastspiel. Im Nebenname ist dieser „Kollege“ Clown und Komiker. Er borgte sich am Abend vor seiner Abreise noch rasch 5 L. vom Wirt für ein mehr als tragwürdiges Vergnügen. Der Wirt und der Doktor, sowie seine Wirtin warten heute noch auf ihr Geld.

Und nun der neueste Fall. Wieder hat uns ein Würdiger nebst seiner Familie verlassen. Dieser Herr, der selbstverständlich auch nicht organisiert ist, heißt *Robert Edelmann*. Da lieber Gott, man wolle so „fürnehm“ sein und dabei wachsen die Schulden. Schon hatte der Chef die Geschichte einmal beglichen. Er zog es ihm dann ratenweise vom Lohne wieder ab. Es begann aber bald von neuem wieder das Schuldenmachen. Jetzt haben wirklich wieder einige Novaraser das Nachsehen, denn der redliche Herr verschwand über Nacht, nachdem er sich auch von seinem Chef abermals einen Tagelohn zu verschaffen gewußt hatte. Stuttgart gibt ihm jetzt Obdach!

Wie lange soll das noch so fortgehen? Man zeigt schon mit Fingern auf uns: Auch Deutsche! Was hier geschieht, geschieht wohl an manchen andern Orten auch. Es wird nicht viel dagegen zu machen sein! Das Vertrauen, das man uns im Auslande entgegenbringt, und die größte Ungebundenheit bringen manchen auf diese schiefe Bahn. Es kann aber den andern im Auslande lebenden Deutschen nicht gleich sein, wie sich eine Anzahl ihrer Landsleute benehmen. Diese Edlen einmal an den Pranger zu stellen, das soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Ein Wort aber noch an unsere organisierten Kollegen! Es ist betrübend, wenn man bemerkt, wie die oben beschriebenen Herrschaften noch überall ihre guten Freunde finden, selbst unter Organisierten. Wir sollten doch wohl Reimlichkeitsgefühl haben, uns diese Elemente vom Halse zu halten! Freilich, solange viele Kollegen noch willige Zech- und Spielkumpane brauchen, wird's nicht anders werden. Man versuche doch, diese Gesellschaft zu meiden, im Notfall lebe man lieber zurückgezogen! Ist's auch am Anfang etwas schwer, man wird aber bald Freude und innere Befriedigung empfinden. Gerade in Italien, wo der gewerkschaftliche Zusammenschluß noch soviel zu wün-

schen übrig läßt, können wir nur echte, gerade Menschen willkommen heißen. Den jüngeren, organisierten Kollegen sei darum zugerufen: Auf, verlaßt einmal die engen Mauern Eurer Vaterstadt und geht ins Ausland!
Curt Wieske.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Zur Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes.

Gemäß § 10 des Gewerbe-Unfall-Versicherungsgesetzes ist der Berechnung der Rente der Jahresarbeitsverdienst des Verletzten, den dieser vom Unfalltag zurückgerechnet innerhalb eines Jahres erzielt hat, zu Grunde zu legen. War der Verletzte nicht ein volles Jahr in dem unfallbringenden Betriebe beschäftigt, so ist die Höhe der Rente nach dem Verdienst eines anderen gleichwertigen Arbeiters, den letzterer im gleichen oder einem anderen ähnlichen Betriebe erzielt hat, zu berechnen. Wenn ein derartiger Arbeiter nicht vorhanden ist, dann gilt der 300fache Betrag des vom Verletzten selbst erzielten durchschnittlichen Tagelohnes als Jahresarbeitsverdienst. In Anrechnung kommen nur 1500 Mark in voller Höhe und ein Drittel von dem diese Summe übersteigenden Betrag.

Die Genossenschaften sind in vielen Fällen bestrebt, den für den Verletzten ungünstigsten Betrag bei Berechnung der Rente heranzuziehen. Der Steindrucker H. erlitt am 11. Juni 1909 im Betriebe der Firma Schl. einen Unfall, bestehend in der Verletzung der rechten Hand und des Unterarms. Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft setzte nach Abschluß des Heilverfahrens eine Rente von 25 Prozent fest und legte der Rentenberechnung einen Jahresarbeitsverdienst von 1361,34 Mk. zu Grunde.

Da der Verletzte noch nicht ein volles Jahr in dem unfallbringenden Betriebe beschäftigt war, berechnete die Genossenschaft den Jahresarbeitsverdienst nach dem 300fachen durchschnittlichen Tagelohnsatz, den H. selbst erzielt hatte.

Hiergegen als auch gegen die Höhe der Rente legte H. Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin ein. Geltend wurde gemacht, daß die Genossenschaft verpflichtet sei, der Rentenberechnung den Jahresarbeitsverdienst eines dem H. gleichartigen Arbeiters, den letzterer in dem unfallbringenden Betriebe oder in einem ähnlichen Betriebe erzielt, zu Grunde zu legen. Die Berechnungsart, die die Genossenschaft anwandte, könne nur in Betracht kommen, wenn ein anderer gleichartiger Arbeiter nicht vorhanden sei. Das Schiedsgericht holte eine Lohnauskunft von dem Betriebe W., den die Genossenschaft als einen dem Betriebe, in dem sich der Unfall ereignete, ähnlichen bezeichnet hatte, ein und verurteilte daraufhin die Genossenschaft, für die ersten 7 Monate eine Rente von 33 1/3 Proz. zu zahlen, sowie der Berechnung einen anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienst von 1606,67 Mk. zu Grunde zu legen. Dieser anrechnungsfähige Jahresverdienst entspricht einem tatsächlichen Verdienst von 1820 Mk.

Die Berufsgenossenschaft gab sich hiermit nicht zufrieden, sondern forcht die Entscheidung des Schiedsgerichts mit dem Rechtsmittel des Rekurses beim Reichsversicherungsamt an. Die Genossenschaft betonte in ihrer Rekurschrift, daß wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage die Angelegenheit dem Reichsversicherungsamt unterbreitet würde. Der Verletzte sei als Steindrucker beschäftigt gewesen, sei erst 22 Jahre alt, also ein noch verhältnismäßig junger Arbeiter, habe nur 28,50 Mk. pro Woche Verdienst gehabt, während das Schiedsgericht der Berechnung einen Wochenlohn von 35,00 Mk. zu Grunde legte, einen Wochenlohn, den nur ältere, erfahrene Maschinenmeister erzielen. Das Vorhandensein eines gleichartigen Arbeiters, der ein volles Jahr beschäftigt war, wurde bestritten. Das Reichsversicherungsamt wies den Rekurs der Genossenschaft zurück. Es hob in der Begründung hervor, daß die Genossenschaft es selbst gewesen sei, die dem Schiedsgericht den Betrieb von W. als einen der Firma Schl. gleichartigen Betrieb angegeben habe. Ein Grund zur Beschwerde, wenn nun das Schiedsgericht die Betriebsverhältnisse der Firma W. der Beurteilung zu Grunde legt, liegt nicht vor. Das Reichsversicherungsamt hielt des weiteren den Vorwurf, daß H. als Maschinenmeister betrachtet sei, während er in Wirklichkeit Steindrucker gewesen wäre, für hinfällig, da H. tatsächlich als Maschinenmeister tätig gewesen sei.

Die Angelegenheit ist nach dem Wunsche der Genossenschaft grundsätzlich geregelt worden. Hoffentlich wird also die Genossenschaft bei der Berechnung der Rente in zukünftigen Fällen sich dieser Entscheidung erinnern und nicht, weil der Lohn des verunglückten Arbeiters niedriger als der anderer Arbeiter ist, entgegen den klaren Bestimmungen des Gesetzes diesen niedrigen Lohn der Rentenberechnung zu Grunde legen. *E. Br.*

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Kupferdr.) Zu der Berichtigung des Kupferdruckers Jos. Breit in Nr. 21 der „Gr. Pr.“ bemerken wir, daß uns der Genannte nicht nur in seinen Handlungen, sondern auch im Verdrehen der Tatsachen über ist. Ob er sich angeboten hat, nach Feierabend und Sonntags bei der Firma Schneider zu arbeiten, ist nicht von Belang, da die Handlung die gleiche bleibt. Fest steht, daß Drucker auf dem Arbeitsnachweise vorhanden waren und daß Schneider einen Drucker hätte bekommen können, wenn er nur gewollt hätte. Er verzichtete aber darauf, weil ihm die wertvolle Arbeitskraft des Breit zur Verfügung stand. — Daß die Kollegen über das Ausüben seiner Funktionen als Funktionär anders urteilen wie Breit selbst, muß er sich schon gefallen lassen. — Was den „wahren Charakter“ anbelangt, so ist darüber mit einem solch edlen und selbstlosen Menschenfreunde wie Breit nicht zu rechten.
Die Filialverwaltung.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.

Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg Rittergutr. 24.

Lehrlingszucht — Lohndruck.

Sie gehören zusammen, diese beiden Unternehmertugenden. Und wohl selten sind sie so in Erscheinung getreten wie gegenwärtig. Mit einer Ausdauer, die bald an Aufdringlichkeit grenzte, wurden schon lange vor Ostern Jungen gesucht, welche Lust haben, Formstecher zu werden. Was fragt der Unternehmer danach, ob auch der Lehrling befähigt ist, das Handwerk zu erlernen, oder ob später damit sein Brot zu verdienen, oder ob er nach vollendeter Lehrzeit — die Kunst an den Nagel hängt und somit die berufliche Reservearmee vergrößert. Für den Unternehmer war ja die Hauptsache, daß er in dem Lehrling ein billiges Ausbeutungsobjekt bekam.

Es scheint aber, als ob System in dem Gebaren liegt. Warum ist denn von Unternehmenseite in Hannover die Zurückstellung der Lehrlingsfrage verlangt und leider auch durchgesetzt worden? Den Grund hierfür braucht wohl niemand mehr zu suchen. Und das muß man den Unternehmern lassen: sie verstehen es ganz ausgezeichnet, die für sie günstigen Situationen gründlich auszunützen. Zum Teil mehr noch, wie es die einfachste Anständigkeit erlaubt.

Ganz anders die Kollegschaft. Gemessen an deren Tätigkeit, richtiger Untätigkeit, sollte man glauben, es sei alles so herrlich in Hannover geregelt, daß auch nicht der geringste Anlaß vorliegt, weiter für die Zukunft zu sorgen. Außerdem scheint ja vor lauter Ueberstunden keine Zeit vorhanden zu sein, sich mit Verbandsarbeit noch extra zu befassen. Oder können Versammlungsberichte, vielleicht von Orleibheim, wegen Platzmangel keine Aufnahme finden? (Platz für Berichte, die über den Ort, aus dem sie kommen, hinaus von Allgemeininteresse sind, wird in der „Gr. Pr.“ immer freigemacht. Die Red.) Kollegen! Betrachten wir uns doch die Lage einmal genau. Lassen wir uns doch nicht täuschen durch den jetzt zweifellos guten Geschäftsgang. Nützen wir die Zeit recht gut aus. Wer will denn behaupten, daß im nächsten Jahre die Situation für uns so günstig ist wie in diesem Jahre? Für uns bleibt doch immer nur die Aufgabe, unseren Verband, die unbedingte Lebensnotwendigkeit eines Arbeiters, stärker und widerstandsfähiger zu machen, indem wir versuchen, auch den letzten Mann heranzuholen. Nur so können wir mit Erfolg für bessere Arbeitsbedingungen eintreten. Und hier muß das nächste Ziel sein, die Lehrlingsfrage zu einem günstigen Abschluß zu bringen.

Nun zum zweiten: Lohndruck. Ueberraschend groß war die Zahl der von den Unternehmern gesuchten Gehilfen. Und sicher war auch der Erfolg für die Unternehmer in jeder Beziehung gut. Zumal was die Auswahl betrifft. Ist es doch vorgekommen, daß 5 Kollegen ihre Arbeitskraft einer Firma anboten, die nur 2 Mann suchte. Was ist denn für den Unternehmer in einem solchen Falle das Nächstliegende? Er bietet einfach einen geringeren Lohn, als es sonst der Fall wäre. Meines Erachtens dürften doch der Firma nicht mehr Kollegen zugewiesen werden, als sie benötigt. Hier ist scheinbar eine Lücke im — partiellen Arbeitsnachweise.

Ferner dürfte es nicht vorkommen, daß der eine oder andere Unternehmer Stammgast des Arbeitsnachweises wird und solange — mehrere Gehilfen — sucht, bis er sich die billigsten Kräfte herausgesucht, den Lohn dadurch herabgedrückt und obendrein

noch nach seiner Meinung den Beweis geliefert hat, daß tatsächlich Mangel an Arbeitskräften vorhanden sei, um damit die Einstellung der großen Anzahl von Lehrlingen zu rechtfertigen.

Kollegen! Ihr seht also, daß noch viel fehlt, ehe wir uns wie im Paradiese fühlen können, tue ein jeder, was in seinen Kräften steht, damit das Jahr 1912 uns gerüstet findet. Nicht in den kurzen Stunden einer Verhandlung liegt die Fortentwicklung, sondern vorher und immer muß der Boden bestellt werden.

S—

Feuilleton.

Aerztliche Berichte über die Internationale Hygieneausstellung

Die internationale Ausstellung für Hygiene bietet nicht nur den Laien, für welche sie in erster Linie bestimmt ist, sondern auch den ärztlichen Fachmännern eine große Fülle von Anregungen. Das gilt u. a. von dem so überaus wichtigen Kapitel der Säuglings- und Kinderfürsorge, die ja in der modernen Sozialhygiene einen sehr breiten Raum einnimmt. Die Ausstellungsleitung hat es hier verstanden, diese hygienische Kinderfürsorge von der Geburt bis zur Entlassung aus der Schule an vorbildlichen Beispielen vorzuführen. Sehr anschaulich wirken die zahlreichen statistischen Tabellen, die u. a. das Kais. Gesundheitsamt ausgestellt hat und die uns die Säuglingssterblichkeit in allen ihren Beziehungen vor Augen führen. Wir sehen, daß die Kindersterblichkeit höher ist bei armen Kindern wie bei den Kindern der Wohlhabenden, bei ehelichen geringer wie bei unehelichen, bei ungestillten Kindern wieder höher als bei gestillten. Zahlreiche Photographien zeigen die kräftig entwickelten Kinder, die den Vorzug der Mutterbrust erhalten haben, und daneben die Schwächestände der künstlich ernährten. Besondere Aufmerksamkeit ist den unehelichen Kindern gewidmet; hier sind die Einrichtungen der Leipziger Ziehkinderfürsorge mit Generalvormundschaft und Ziehkindererz als vorbildlich zu erwähnen.

Die Fürsorgeeinrichtungen für kranke Kinder, musterhaft eingerichtete Kinderspitäler zeigen uns die Berliner Charité, die Straßburger und die Heidelberger Universitätskliniken. Es ergibt sich, daß kranke Kinder heute in den Spitälern meistens mit demselben Erfolg behandelt werden können wie im Privathause. Dem Mutterschutz ist mit Recht ein breiter Raum in der Ausstellung gewährt. Zahlreiche Modelle, wie z. B. das der Bremer Anstalt, veranschaulichen, wie Mütter und Säuglinge zusammen in behaglich ausgestatteten Anstalten gepflegt werden. Der modernen Säuglingsfürsorge endlich dienen die sogenannten Mutterberatungsstellen, die Tätigkeit einer solchen Fürsorgestelle ist u. a. sehr anschaulich durch die Berliner Beratungsstelle vorgeführt.

Begleiten wir das Kind weiter auf seinem Lebenswege, nachdem es alle Fähigkeiten des Säuglingsalters glücklich pässert hat, so finden wir als Einrichtungen des vorschulpflichtigen Kindesalters vor allem die Kindergärten, die Anstalten zur Aufnahme hilfloser Kinder, Waisenanstalten, Findelheime usw. Zahlreiche Modelle und Photographien zeigen uns die segensreiche Tätigkeit dieser Fürsorgeorgane.

Einen breiten Raum nimmt dann ferner die Schulhygiene ein, zahlreiche Modelle prächtiger Schul-

bauten, vor allem der Städte Berlin, Dresden, Hannover, Aachen, veranschaulichen, daß die Kinder in hygienischer Hinsicht in den Schulen besser aufgehoben sind wie zu Hause; ferner, daß man immer mehr bemüht ist, den gesundheitlichen Anforderungen auch in der Schule gerecht zu werden. So finden wir Modelle von Schulbädern, Schulgärten, sehen, wie die Jugendspiele und Leibesübungen gepflegt werden. Für besonders hilfsbedürftige Kinder wird durch besondere Einrichtungen gesorgt, so durch Veranstaltungen von orthopädischen Turnkursen für Kinder mit Wirbelsäulenverkrümmung, wie sie z. B. in Düsseldorf eingerichtet sind. Das Schulmuseum der Stadt Hannover zeigt die Fürsorge für Schüler mit Sprachbrechen durch Einrichtung von Stotterheilkursen; ebenso finden wir die Ergebnisse der Schülermessungen und Tabellen über die am häufigsten bei den Schülern vorkommenden Krankheiten. Auch eine Reinigungsanstalt für mit Ungeziefer behaftete Schüler fehlt nicht; sie ist von der Stadt Dessau ausgestellt.

Wie die Stimme des Schülers gebildet werden soll, ist an den Darstellungen der Stimmbildungsanstalt der Universität Leipzig zu sehen, die zugleich zahlreiche Modelle von normalen und pathologischen Kehlköpfen vorführt.

Von Schulbänken sehen wir zahlreiche Modelle der heute gebräuchlichen Konstruktionen. Der Erholung der Schuljugend dienen die Ferienkolonien, die Erholungsheime, die Seehospize. Erholungsheime hat die Stadt Worms und die Fraternitas-Loge in Dresden in instruktiven Modellen zur Schau gestellt; auch die Waldschulen fehlen nicht, wie solche z. B. in Charlottenburg und Mühlhausen i. E. bestehen und erfolgreich wirken. Denn die Kinder werden hier gesundheitlich gefördert und bleiben im Unterricht nicht zurück. Die Kinderhorte, das sind Beschäftigungsanstalten für Schulkinder während der schulfreien Zeit, zeigen, welche hübsche Arbeiten in diesen Anstalten von den Schülern gefertigt werden.

Natürlich dürfen in diesem Zusammenhange auch nicht die Einrichtungen für verwahrloste und verbrecherische Kinder fehlen. Die Arbeit dieser Fürsorgetätigkeit zeigt sehr anschaulich die Ausstellung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, der Fürsorgeheime und die Tätigkeit der Jugendgerichtshöfe.

Vieles handelt es sich bekanntlich bei den verwahrlosten Kindern um schwachsinnige Individuen, welche, solange sie die Schule besuchen, in den sogenannten Hilfsschulen untergebracht werden müssen. Sind sie in den normalen Schulen nicht unterrichtsfähig, dann müssen sie in besonderen Anstalten, den Idiotenanstalten, unterrichtet werden. Daß es gelingt, auch hier noch eine Anzahl zu brauchbaren Menschen zu machen, beweisen die von der Idiotenanstalt Potsdam ausgestellten Arbeiten. Natürlich darf man hier nicht allzu viel erwarten, das lehrt uns die von der Irrenanstalt Friedrighsberg-Hamburg ausgestellte instruktive Sammlung von Schwachsinnigenschädeln. Die kleinen verachsenen Schädel demonstrieren, daß dementsprechend auch die Gehirnmasse bei den Idioten eine kleine ist und daher die Intelligenz auch nur schwach entwickelt sein kann. Endlich ist auch die Fürsorge für die Taubstummen und Blinden nicht vergessen. Die Blindenanstalt Chemnitz führt uns die in der Blindenanstalt ausgeführten Arbeiten sowie eine Sammlung von Unterrichtsmaterial vor.

Vom Büchertisch.

Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Historische Skizzen von Dr. Ludwig Frank, Mitglied des Reichstages. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. (Kleine Bibliothek, Nr. 13). Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Stuttgart. 111 Seiten 8°. Preis gebunden 1 Mk., broschiert 75 Pf., Vereinsausgabe 50 Pf.

Bei der beginnenden Wahlbewegung wird das Büchlein das Interesse aller Wähler in Anspruch nehmen und als Ergänzung des Parteihandbuchs dienen können. Die Beigabe der Programme der bürgerlichen Parteien dürfte den Wert der Arbeit nicht unwesentlich steigern.

Kosmos Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Sitz Stuttgart. Jährlich 12 reich illustrierte Hefte mit den Beiläutern: Wandern und Reisen; Aus Wald und Heide; Photographie und Naturwissenschaften; Haus, Garten und Feld; Die Natur in der Kunst. Heft 5, Mai 1911. Preis des einzelnen Heftes 30 Pf., des ganzen Jahrgangs mit 5 Buchveröffentlichungen 4,80 Mk. und 20 Pf. Bestellgeld extra.

Verband der Deutschen Buchdrucker-Rechnenschaftsberichte für 1910. Mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1911. 24 Seiten 8°.

Vögel fremder Länder. Von Dr. Kurt Floericke. Mit 2 Tafeln und zahlreichen Abbildungen nach Naturaufnahmen und Originalzeichnungen von J. Dahlem. Umschlagzeichnung von Prof. Ad. Wagner. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde; Geschäftsstelle: Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart. 100 Seiten, 8°. Preis 1 Mk., geb. 1,80 Mk.

In ein Gebiet voll Sangeslust und Eigenart führt uns der bekannte Vogelkennner in seinem von warmer Liebe zur Vogelwelt durchströmten Büchlein ein. So kann nur jemand püandern, der die exotische Vogelwelt nach eigener Anschauung kennt, der die Wildnis unter großen Mähen mit offenen Augen durchquert hat. Da ist der Pelikan, der Flamingo, der Sekretär, der Schneidervogel, der Nashornvogel, die verschiedenen Weibervogel, der Kolibri, der Pfeifferfresser, die Schamadrossel, der Rosenstar, die Papageien und viele andere Arten, die nach ihren Lebensgewohnheiten treffend geschildert werden. Besonders eingehend ist der Nesterbau, der bei vielen fremden Vögeln ja so verschiedenartige Wege eingeschlagen hat, besprochen. Die Mitteilungen über die Nester des Kolibri, des Salanganes, des Weber- und des Kragenvogels sind außerordentlich interessant. Jeder Naturfreund, der sich einmal wieder in ein Gebiet schöner Naturdeue vertiefen will, wird dieses Bändchen nur mit tiefer Befriedigung aus der Hand legen.

Kirchensteuer und Kirchnaustritt in Preußen. Von Dr. S. Rosenfeld. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 36 Seiten 16°. Preis 20 Pf.

Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Jahrg., Nr. 10 und 11. Verlag: Fr Ebert (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands). Preis pro Heft (16 Seiten 4°) 10 Pf., Vierteljahrespreis 50 Pf.

ROCKE'S HERMINOL übertrifft alle TROCKENMITTEL

Generalvertrieb durch HAASE & KAISER, Leipzig

Alle Zuschriften und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Stellenangebote
Ia. Pos. - Retuscheur verlangt sofort [210]
Dr. Selle & Co., Berlin, Belle-Alliancestr. 92. Nur allererste Kräfte wollen sich melden.

Tüchtiger Pos. - Retuscheur [150] und ein **Andrucker** sofort gesucht. W. Girardet, Essen-Ruhr.

Maschinen-Retuscheure für feinste amerikanische Retusche gesucht. Nur Erstklassige wollen sich meld. Köhler & Lippmann, Braunschweig. [180]

Tüchtiger Repr.-Photograph zum möglichst baldigem Eintritt gesucht. Aug. Schuler, Chemigr. Kunstanstalt, Stuttgart, Mozartstr. 51. [150]

Tüchtige Farb - Aetzer zum baldigen Eintritt gesucht. [150] Aug. Schuler, Chemigr. Kunstanstalt, Stuttgart, Mozartstr. 51.

Wirklich tüchtige Farb - Aetzer in gutbezahlte und dauernde Stellung zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an [300] A. Gäbler & Co., G. m. b. H., München, Briennerstr. 32.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Chiffre-Inserate finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Verschiedenes
Facbliteratur.
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf
Technischer Ratgeber für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Plakaten. Von H. Bucher. Preis inkl. Porto 2,10 Mk

Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz.**
Der Steindrucker a. d. Rotary erscheint in Freie Künste 1911. Preis f. Vereinsmitglieder M. 7,50 ganz.
Die Unterpräparation des Steines von Th. Kirsten, M. 1,80.
Der Steindrucker a. d. Schnellpresse von O. Meta, M. 3,—
Gesamtgebiet des Ueberdruckes von O. Meta, M. 4,—
Die Kalkulation f. Steindruckgewerbe von Fritz Eggert, M. 3,— [450]
Technische Aufsätze f. Steindrucker v. O. Meta, M. 4,— Verlv. Jos. Heim, Wien 6/1

Kleine Druckerei-Einrichtungen fachmänn. zusammengest., billig. Alexander Grube, Leipzig 4, Talstraße.

Verbandnachrichten
Wir warnen die Kollegen vor dem Steindrucker **Josef Besold** und bitten, dessen Adresse bekannt zu geben, da er sich Geld erschwindelt hat. Sein Buch befindet sich hier. Er ist ausgesteuert.
Die Zahlstelle **Pforzheim, Jos. Eberle**, Nebenustr. 16/11.

Verschollen
ist seit Jahresfrist der Lithograph **Albert Graßmann** aus Coburg. Kollegen, denen der derzeitige Aufenthalt bekannt ist, werden um diesbezügliche Nachricht ersucht. Porto Unkosten werden ersetzt. Die Verwaltung der Zahlstelle **Coburg, Rich. Schnetter, Sonneberg** i. Thr. Coburger-Allee 13. [195]